

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 21. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 16. Mai 2018
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Simon Maurer, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff (entschuldigt)
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Rahel Balsiger
Sonjic, Mehmet Can, Julia Gosteli, Barbara Grange, Markus Gruber,
Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli, Lukas Hess, Roman Hintermeister,
René Imhof, Manfred Jutzi, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick
Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Simon Maurer, Niklaus
Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth,
Christoph Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Florian Spiegel, Beatrice
Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Semra Wagner, Jörg
Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon
Zimmermann

Entschuldigt: Jérôme Mollat, Henry Vogt

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.10 Uhr 37 Anwesende = 25
18.20 Uhr 38 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle des zurückgetretenen Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Melina Schellenberg Geschäft 4382
2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste**, anstelle der zurückgetretenen Melina Schellenberg, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Mehmet Can Geschäft 4383
3. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Manfred Jutzi Geschäft 4384
4. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Mirjam Benz, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Martin Münch Geschäft 4385
5. Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend **Quartierplanung „Wohnen Wegmatten“**, bestehend aus **Quartierplan und Quartierplan-Reglement**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4362 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 24.01.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 16.04.2018, betreffend **Quartierplanung „Heuwinkel“**, bestehend aus **Quartierplan und Quartierplan-Reglement**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4370 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 28.02.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.04.2018, betreffend **Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4271A / B
8. Bericht des Gemeinderates vom 18.10.2017, zum Postulat von Beatrice Stierli, CVP-Fraktion, vom 27.04.2017, betreffend **Einführung einer App für die Gemeinde Allschwil**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4336 / A
9. Interpellation von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 28.02.2018, betreffend **Strassenlärmbelastung Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4376 / A
10. Diskussionsrunde
Resolution zum Flugverkehr über Allschwil Geschäft 4341

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 16. Mai 2018

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Simon Maurer

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Simon Maurer, Präsident: Ich begrüsse alle zur Mai-Sitzung. Neu im Einwohnerrat begrüssen möchte ich Martin Münch und Manfred Jutzi. Sie beide sitzen neu in der FDP-Fraktion. Ich wünsche euch gutes Gelingen hier im Rat und hoffentlich gute Momente. Dann möchte ich erwähnen, dass Mehmet Can Vater einer kleinen Tochter geworden ist, herzlichen Glückwunsch.

Erinnern möchte ich daran, dass ihr euch bis zum 1. Juni noch anmelden könnt für den Einwohnerrat-Schlussabend. In diesem Zusammenhang noch eine Mitteilung: Es hat vom 9. bis zum 14. Mai ein Problem beim Bund gegeben, das auch den E-Mail-Verkehr mit der Gemeindeverwaltung betraf. Sollte also jemand im genannten Zeitraum ein E-Mail an den Einwohnerrat oder an Nicole Müller oder sonst an die Gemeinde geschickt haben, ist es möglicherweise nicht angekommen. Bitte überprüft das. Nicole Müller hat in jedem Fall, in dem sie etwas bekommen hat, eine Antwort gegeben.

Mir liegen ein dringliches Postulat und eine dringliche Interpellation der FDP-Fraktion vor, das dringliche Postulat «Tarifgruppenanpassung in der Gebührenordnung für Allschwiler Vereine», Geschäft Nr. 4395, und die Interpellation «Gebührenordnung für Allschwiler Vereine», Nr. 4394. Ich gebe das Wort an Urs Pozivil zur Dringlichkeit des Postulats.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass jetzt schon relativ lang über die Gebührenordnung geredet wird sowie darüber, was für Folgen sie für die Allschwiler Vereine hat. Man merkt auch immer wieder im Gespräch mit Vereinsmitgliedern, dass sie nicht genau wissen, wo das Ganze hinsteuert und wie es sich entwickeln wird. Es ist einfach eine Unsicherheit spürbar. Zur Frage der Dringlichkeit ist darauf hinzuweisen, dass die IG Vereine als Dachorganisation und Sprachorgan für unsere Allschwiler Vereine bei den meisten Fraktionen gewesen ist und auf die Problematik hingewiesen hat, die die Gebührenordnung hervorruft. Darum ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass Dringlichkeit absolut gegeben ist. Es würde mich natürlich freuen, wenn dem zugestimmt werden würde.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ein Antrag auf Dringlichkeit heisst nicht, dass man diesen möglichst kurzfristig – zack! – vor der Einwohnerratssitzung den anderen Fraktionen und dem Gemeinderat zukommen lässt, damit dann alle dringlich herumrennen. Dringlichkeit heisst, man ist der Meinung, dass ein Geschäft eine hohe Priorität und eine hohe Brisanz aufweist und man folglich daran interessiert ist, dass es beschleunigt zur Behandlung kommt. Und diese beiden Ausgangslagen widersprechen sich ein bisschen. Wenn ich Interesse daran habe, dass ein mir wichtiges Anliegen priorisierend durch den Rat kommt, versuche ich doch, alle Fraktionen, und möglichst auch den Gemeinderat, möglichst frühzeitig, und nicht erst ein paar Stunden vor der Sitzung, zu informieren. Wir in der SP-Fraktion konnten zu diesem Anliegen noch keine Fraktionsmeinung bilden. Die IG Vereine hat uns in unserer April-Fraktionssitzung ihr Anliegen kundgetan. Wir konnten es an jener Sitzung, und auch an der Mai-Fraktionssitzung nicht besprechen wegen der fortgeschrittenen Zeit; es war jeweils schon 11 Uhr abends. Die FDP-Fraktion hätte doch die Möglichkeit gehabt, nach ihrer eigenen Sitzung uns ihr Anliegen schnellstmöglich zukommen zu lassen. Dann hätten wir vielleicht noch das Potenzial gehabt, mittels Zirkularbeschluss uns eine Meinung zu bilden. Einen Tag vor der Sitzung ist das jedoch ausgeschlossen. Nach meinem Kenntnisstand hat ja auch eure Fraktionssitzung schon vor zehn Tagen stattgefunden und nicht erst gestern. – Wieso soll das Ganze dringlich sein? Ich nehme an, euer primäres Ziel ist es, das Postulat einzureichen, und für die Vorab-Diskussion – Entgegennahme oder nicht – wünscht ihr noch weitere Informationen; deshalb die Interpellation. Denn wenn das Postulat als dringlich eingereicht werden soll, sollte ja auch die Interpellation dringlich erfolgen. Wie wir alle wissen, ist es gemäss Geschäftsreglement so, dass Interpellationen in der Regel in der nächsten Sitzung beantwortet werden. Darum habe ich einen kleinen Vorschlag. Ich bitte euch, die Interpellation mit schriftlicher Begründung heute einzureichen, jedoch ohne Dringlichkeitsantrag. Der Gemeinderat soll sich heute verpflichten, die Interpellation schriftlich zu beantworten und die Antwort uns allen mit dem nächsten Versand zukommen zu lassen, sodass wir diese dann als Grundlage gebrauchen können. Zusätzlich bitten wir euch, den Dringlichkeitsantrag auch beim Postulat zurückzuziehen, wenn das Büro sagt, dass es das Geschäft in der Juni-Sitzung traktandiert und es dort auch zur Beratung kommt. Somit können alle Fraktionen sich das noch einmal zu Gemüte führen und die Interpellationsbeantwortung abwägen, und wir können in der Juni-Sitzung eine sachliche und fundierte Diskussion führen. – Auf eines möchte ich noch hinweisen: Ein Dringlichkeitsantrag dient nur zur Beschleunigung der Behandlung im Einwohnerrat. Er hat aber keinen Einfluss auf die Zeit, die der Gemeinderat für die Beantwortung in Anspruch nimmt. Ein Postulat hat eine Beantwortungszeit von einem Jahr. Ob wir es in der Juni-Sitzung oder heute einreichen, ist unter diesem Aspekt unerheblich. Die SP-Fraktion ist aber klar der Meinung, dass es ein ernstes und wichtiges Anliegen ist, und wir setzen uns dafür ein, dass es in der Juni-Sitzung behandelt wird.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir sehen die Thematik ähnlich, was die Dringlichkeit anbelangt. Wir würden ebenfalls vorschlagen, dass man den Dringlichkeitsantrag – bei der Interpellation sowieso – zurückzieht, da über die Interpellation gemäss Geschäftsreglement ohnehin in der nächsten Sitzung schriftlich oder mündlich informiert werden soll. Ich glaube nicht, dass es dem Gemeinderat möglich ist, die ausführlichen und detaillierten Fragen heute zu beantworten. Sollte der Dringlichkeitsantrag bei der Interpellation nicht zurückgezogen werden, werden wir ihn ablehnen. Auch beim Postulat werden wir die Dringlichkeit nicht unterstützen. Wir sehen auch nicht ganz ein, wieso man es nicht geschafft hat, diesen Antrag nach der eigenen Fraktionssitzung den anderen Fraktionen zukommen zu lassen, sondern bis am Tag vorher gewartet hat. In der letzten Sitzung hatte man es nicht geschafft, innerhalb einer halben Stunde fünf Unterschriften zusammenzubekommen und musste ein Time-out beantragen. Vielleicht sollte diese Fraktion einmal ihr Zeitmanagement in den Griff bekommen. Wir werden die Dringlichkeit bei beiden Vorstössen nicht unterstützen.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Hinsichtlich der Dringlichkeit der Interpellation kann ich den Ausführungen nur Recht geben. Wir ziehen den Dringlichkeitsantrag bei der Interpellation zurück.

Simon Maurer, Präsident: Beim Postulat halten Sie aber an der Dringlichkeit fest?

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Bei realistischer Betrachtung ist anzunehmen, dass dem Antrag nicht entsprochen wird. Ich denke, dass auch ohnedies das Ziel erreicht worden ist, nämlich dass endlich darüber gesprochen wird, um herauszufinden, was wir eigentlich mit dieser Gebührenverordnung bei unseren Vereinen bewirken wollen. Daher ziehe ich auch den Dringlichkeitsantrag zum Postulat zurück.

Simon Maurer, Präsident: Somit sind die Dringlichkeitsanträge zu den Geschäften 4394 und 4395 zurückgezogen. – Weiterhin liegt mir vor ein Postulat der SP-Fraktion «Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil» von Christian Stocker Arnet und Andreas Lavicka.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte nochmals zurückkommen auf die vorige Sache. Ich habe vom Büro noch nicht gehört, dass das Postulat an der Juni-Sitzung traktandiert wird und dass es auch zur Behandlung kommt, d.h. also, dass es nicht als letztes, sondern als eines der ersten traktandiert wird.

Robert Vogt, Gemeinderat: Zur Frage von Etienne Winter bezüglich Beantwortung der Interpellation: Der Gemeinderat ist in der Lage, diese auf die nächste Einwohnerratssitzung im Juni schriftlich zu beantworten.

Simon Maurer, Präsident: Wir nehmen das so mit und schauen, dass das Geschäft an der Juni-Sitzung traktandiert wird.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Verfahrens Anregung. Auch unsere Fraktion hat ja das Thema der Gebühren schon aufgegriffen und bereits im September ein Postulat dazu eingereicht unter dem Titel «Support für Gemeinschaftsbildung in der Zivilgesellschaft». Dieses Postulat sollte eigentlich auch die Gebühren für Vereine meinen. Der Unterschied zum Postulat der FDP ist der, dass unser Postulat umfassender ist und die Sache in einen grösseren Zusammenhang stellt. Die heutige Interpellation macht unser Postulat eigentlich überflüssig; denn damit man unser Postulat beantworten kann, muss man unter anderem auch die Fragen, die in der Interpellation gestellt sind, bearbeiten. Daher würde ich mir wünschen – einen Antrag kann ich ja nicht stellen – dass man auch unser Postulat beschleunigt behandelt.

Simon Maurer, Präsident: Ich denke, der Appell ist beim Gemeinderat angekommen. – Wir kommen wieder zum Postulat der SP-Fraktion zum Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil. Wünscht einer der Postulanten das Wort dazu? – Das ist nicht der Fall. Weiterhin liegt mir ein Postulat, ebenfalls von der SP-Fraktion vor: «Prüfung einer Gemeindefriedhof in der Villa Guggenheim», unterschrieben von mir und Etienne Winter. Hierzu wird das Wort ebenfalls nicht gewünscht. – Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wir stellen Antrag auf Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste, und zwar bezüglich Traktandum 10, Diskussionsrunde Resolution zum Flugverkehr über Allschwil, Geschäft 4341. Wir beantragen, dieses Traktandum als Nummer 5 im Anschluss an die Wahlgeschäfte zu behandeln. Gern begründe ich diesen Antrag auch: An der Mai-Sitzung, vor genau einem Jahr, wurde über die Motion von Ueli Keller bezüglich Fluglärm beraten. Die Schlussfolgerung aus dieser Diskussion war, dass das Anliegen in Form einer Resolution an den Regierungsrat eingereicht werden sollte. Der Tenor war auch klar: Man möchte im Einwohnerrat «ein Zeichen setzen». Dieser Wortlaut ist bei der Beratung mehrfach gefallen, ich verweise auf das entsprechende Einwohnerratsprotokoll. An der Folgesitzung im Juni 2017 lag dann die Resolution zur Abstimmung vor, und der Rat hat sie mit 31 Ja gegen 1 Nein-Stimme und bei 1 Enthaltung deutlich überwiesen. Daraufhin wurde die Resolution an den Regierungsrat weitergeleitet – und wie hat dieser reagiert? Eigentlich hätte er das Schreiben einfach zur Kenntnis nehmen und zum Altpapier werfen können. Aber nein, er ist auf das Anliegen eingegangen, hat seine Verwaltung schufteln lassen und dem Einwohnerrat eine siebenseitige Stellungnahme zu der Resolution zukommen lassen, das Ganze freiwillig. Und was macht der Einwohnerrat jetzt mit dieser Antwort? Die SP-Fraktion ist ganz klar der Meinung, dass man die Antwort, die seit Ende März vorliegt, zwingend und schnellstmöglich dem Rat zur Diskussion vorlegen soll. Aus diesem Grund hatte ich an der letzten Einwohnerratssitzung beantragt, dass die Stellungnahme des Regierungsrates hier behandelt werden soll. Der Anliegen wurde von der Mehrheit des Rates zugestimmt. Daraufhin hat sich das Einwohnerratsbüro das Anliegen insoweit zu Herzen genommen, als es dieses mit der geringsten Priorität als zehntes und letztes Traktandum aufgenommen hat, womit es mit grosser Wahrscheinlichkeit heute gar nicht behandelt wird. Für diesen grossen Einsatz des Büros möchte ich an dieser Stelle gerne danken – sackstark! Wieso zwingend und schnellstmöglich? Schnellstmöglich, weil die SP-Fraktion der Meinung ist, dass man Sachen, die man angefangen hat, auch zuerst beenden soll, bevor man Neues anfängt. Und zwingend, weil der Einwohnerrat bei der Überweisung eben «ein Zeichen setzen» wollte. Aber was ist das bitteschön für ein Zeichen, das wir hier dem Regierungsrat und seiner Verwaltung zurücksenden, wenn wir deren Stellungnahme ohne Kenntnisnahme ins Altpapier werfen? Gleichgültigkeit? Genau das, was die Regierung eben nicht an den Tag gelegt hat? Und was bitte ist es für ein Zeichen an die Allschwiler Bevölkerung, wenn wir uns zuerst mit dieser Resolution brüsten und dann vor der Verantwortung wegrennen? Die Resolution ist mit 31 Stimmen überwiesen worden. Folgende Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben sie sogar persönlich unterschrieben: Beatrice Stierli, Ueli Keller, Simon Maurer, Niklaus Morat, Ursula Krieger, Etienne und Jean-Jacques Winter, Patrick Kneubühler, Christoph Ruckstuhl, René Imhof, Barbara Grange, Henry Vogt, Florian Spiegel und Markus Gruber. Ich habe hier vorbereitet fünf Unterschriften, mit denen ich eine namentliche Abstimmung

erzwingen kann. Aber es ist nicht meine Art, meine Kolleginnen und Kollegen vorführen zu wollen, um zu wissen, wem dieses Allschwiler Anliegen wirklich am Herzen liegt und wem nicht. Priorisieren wir doch bitte dieses grosse Anliegen, wie wir das an jener Sitzung auch gewünscht hatten. Zeigen wir Volksnähe, was hier drin auch gern erwähnt wird, und vor allem: Setzen wir doch wirklich ein Zeichen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir können dem Antrag der SP-Fraktion insofern folgen, als wir es ebenfalls für sinnvoll halten, auf die Antwort des Regierungsrates eine Antwort zu geben und auch unsere Fraktionsmeinungen kundzutun und zu bezeugen. Wir möchten aber beliebt machen, dass man nicht auf drei Runden ausgeht, sondern es bei zwei Runden belässt; dass also zuerst die Fraktionsmeinungen kundgetan werden und man dann zu dem Gesagten nochmals Stellung nehmen kann. Wenn wir uns auf diese zwei Runden einigen können, stimmt die SVP-Fraktion der Traktandenlistenänderung zu.

Simon Maurer, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen über den Antrag von Etienne Winter ab.

://

Dem Antrag von Etienne Winter, das Traktandum 10, Resolution zum Flugverkehr über Allschwil, Geschäft 4341, auf Position 5 zu setzen, wird mit 31 Ja zu 6 Nein, bei 2 Enthaltungen, zugestimmt. Im Übrigen wird die Traktandenliste genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle des zurückgetretenen Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Melina Schellenberg, Geschäft 4382

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Melina Schellenberg vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://

Melina Schellenberg ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, anstelle der zurückgetretenen Melina Schellenberg, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Mehmet Can, Geschäft 4383

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Mehmet Can vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://

Mehmet Can ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Kathrin Schaltenbrand-Kovacs, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Manfred Jutzi, Geschäft 4384

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Manfred Jutzi vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://:

Manfred Jutzi ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Mirjam Benz, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Martin Münch, Geschäft 4385

Simon Maurer, Präsident: Mir liegt der Wahlvorschlag Martin Münch vor. Ich frage den Rat an, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich frage den Rat an, ob stille Wahl bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

://:

Martin Münch ist in stiller Wahl als Mitglied der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020) gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum neu 5 (bisher 10)

Diskussionsrunde
Resolution zum Flugverkehr über Allschwil, Geschäft 4341

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich gehe gern auf das Anliegen von Florian Spiegel ein, dass wir die Diskussion auf zwei Runden kürzen, und beginne mit der Stellungnahme unserer Fraktion. Die Lärmemissionen sind für die Allschwiler Bevölkerung wohl seit der Eröffnung dieses Flughafens ein leidiges Thema, das auch immer wieder im Einwohnerrat zur Sprache kam. Wenn man sich mit der Geschichte des Einwohnerrates beschäftigt, findet man eine lange Liste diesbezüglicher Geschäfte, die ich jetzt nicht im Einzelnen auflisten will. Man hat unter anderem über Standortqualität debattiert oder, 2001, über den Austritt aus dem Schutzverband. 2002 wollte man mit einer Motion eine Reorganisation bezüglich Fluglärm bekämpfung erreichen; an jener Sitzung wurde auch eine Resolution wegen zu hohen Fluglärms eingereicht. 2011 hat man sich für die Einrichtung einer zweiten Messstation in Allschwil ausgesprochen. In den letzten zehn Jahren hat der Einwohnerrat also recht viel gemacht. Auch der Gemeinderat hat sich bei diesem Thema sehr engagiert, als Mitglied im Forum «Flughafen nur mit der Region», im Schutzverband, im Gemeindeverbund und auch im trinationalen Eurodistrict. Jedes Jahr bezieht der Gemeinderat im Geschäftsbericht zu dem Thema Stellung und zeigt der Allschwiler Bevölkerung auf, in welchem Gremium und mit welchen Organisationen er mit dem Thema Fluglärm befasst ist, was geplant und was schon umgesetzt worden ist. Auch die GPK legt gern den Finger auf dieses Thema und fragt beim Gemeinderat nach, wenn weiterer Informationsbedarf vorliegt. Ich verweise

diesbezüglich auf den GPK-Bericht 2015. Die grosse Crux an der ganzen Geschichte ist aber der Umstand, dass wir hier ein Ortsparlament sind und wir es mit einem Flughafen von internationaler Grösse zu tun haben. Oder anders gesagt, unsere politischen Möglichkeiten sind minim. Der Einwohnerrat kann mittels parlamentarischer Vorstösse den Gemeinderat beauftragen, das Anliegen bestmöglich zu vertreten, und ich nehme an, das tut der Gemeinderat bereits, wofür wir ihm dankbar sind. Handkehrum bleibt uns das Instrument dieser Resolution, um auf den Missstand aufmerksam zu machen, wie das in der Vergangenheit und jetzt auch jüngstens getan wurde. Der Regierungsrat ist auf die neueste Resolution aus Allschwil bezüglich Fluglärm eingetreten und hat uns auf freiwilliger Basis eine Stellungnahme zukommen lassen. Dafür möchte ihm die SP-Fraktion auch danken. Leider muss die SP-Fraktion aber auch festhalten, dass uns der Regierungsrat mit seiner Stellungnahme inhaltlich enttäuscht hat. Im Grossen und Ganzen kann man aus der siebenseitigen Stellungnahme des Regierungsrates schliessen, dass der heutige Stand als zielführend betrachtet wird, heisst: Am Status quo soll nicht gerüttelt werden und es sind überhaupt keine Verbesserungsmöglichkeiten erkennbar. Besonders enttäuschend ist für die SP Fraktion an der regierungsrechtlichen Haltung das Festhalten an der heutigen Nachtflugsperrung. Anstatt endlich einmal eine Anpassung an die Nachtflugsperrung beim Flughafen Zürich vorzunehmen, versucht er jetzt, mit einer Erhöhung der Nachtzuschläge den Flughafenverkehr bestmöglich zu lenken. Im Landrat sind diverse Vorstösse zu dem Thema hängig: zur Nachtflugsperrung, zu den Abflugrouten, zur Sitzverteilung von Mandaten und zur Stärkung der Mitspracherechte. Ich glaube, auch die Antworten sind für Allschwil von hohem Interesse. Wie bereits angetönt, unsere politischen Mittel sind hier im Einwohnerrat beschränkt. Der Gemeinderat nimmt jedes Jahr im Geschäftsbericht zum Thema Stellung. Im neuesten Geschäftsbericht allerdings wird das Thema Fluglärm in genau drei Sätzen abgehandelt. Die SP-Fraktion fragt daher den Gemeinderat an, ob er sich bereit erklären würde, bei der Behandlung des Geschäftsberichts in der Juni-Sitzung uns einmal ein Zwischenfazit seiner Aktivitäten in den letzten 15 Jahren zu präsentieren. Wie gesagt, mittlerweile engagiert er sich in vier Organisationen, und der Einwohnerrat spricht diesbezüglich auch jährlich mehrere tausend Franken. Handkehrum wäre natürlich das Anliegen eines politischen Vorstosses – in Form einer Interpellation, respektive eines Postulats – auch hier eine Alternative.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir haben selbstverständlich in unserer Fraktion die Resolution zum Flugverkehr über Allschwil besprochen. Grundsätzlich haben wir das Thema Flughafen schon mehrere Male besprochen. Wir setzen uns weiterhin ein für ein Nachtfluglärmmverbot sowie für eine gerechtere Verteilung zwischen den verschiedenen betroffenen Orten. Es wurde gesagt, dass in der Antwort des Regierungsrates keine nennenswerten Verbesserungen ersichtlich sind. Vielleicht könnte ja der Gemeinderat sich noch dazu äussern, wie er die Dinge sieht. Dass der Gemeinderat Mitglied in vier Organisationen ist, zeigt sein hohes Engagement. Es stellt sich die Frage, ob man überhaupt mehr erreichen kann.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Selbstverständlich haben wir auch in der CVP-Fraktion das Thema ausführlich diskutiert. Unser Engagement geht in die gleiche Richtung wie das vieler anderer. Ganz wichtig ist uns das Nachtflugverbot; dieses steht an oberster Stelle. Wir sind nicht unbedingt für eine Beschränkung der Flugbewegungen, aber wir hätten gern eine gerechte Verteilung der Flugbewegungen. Es kann nicht sein, dass 96 Flugbewegungen über Allschwil sind und nur acht über Basel-Stadt. Wichtig wäre uns auch, dass die Vorschriften bezüglich Lärmemissionen und Schadstoffausstoss einmal überprüft werden. Es kann nicht sein, dass die ältesten Flugzeuge hier verkehren, während Zürich und Genf die moderneren ruhigeren Flugzeuge haben, die auch weniger Schadstoffe ausstossen. Die Frage ist, wie das erreicht werden kann. Aber ich denke, wenn der Gemeinderat in vier Organisationen vertreten ist, wird die Meinung von Allschwil auch geltend gemacht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zu dem ganzen Thema Flughafen und Fluglärm muss man festhalten, und das haben wir auch in der Fraktion diskutiert: Wir haben diesen Flughafen, und dieser Flughafen wird genutzt. Diese Flugzeuge, auch wenn sie sehr früh oder sehr spät fliegen, sind sehr oft Flugzeuge, die nicht alleine fliegen. Das weiss jeder, der ab und zu fliegt und sich die Belegung der Flugzeuge anschaut. Es ist eine Entwicklung unserer Zeit, die wir zum Teil auch mittragen müssen, dass durch die Globalisierung, die Mobilität und die wirtschaftliche Vernetzung die Flugbewegungen zunehmen. Das ist eine Entwicklung unserer Gesellschaft, ob wir das nun gut oder schlecht finden. Ob wir als Allschwiler das so verhindern können, ist äusserst fraglich, und zwar aus zwei Gründen. Wir können gesellschaftspolitisch nicht ganze Nationen umgestalten, und zweitens sind wir doch sehr beschränkt in unseren Einflussmöglichkeiten auf den Flughafen an sich. Trotzdem darf man aber festhalten, dass auch unsere Fraktion ganz klar der Meinung ist, dass man eine strengere Nachtflugsperrung hinbekommen muss, sei das nun 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr oder dass man sagt, dass zwischen 22.00 und 23:00 Uhr nur noch verspätete Flüge hereingelassen werden. Das sind zwei Varianten, die wir für sinnvoll und möglich halten würden. Aber sicher kann man nicht einfach so weiterfahren, wie es jetzt ist. Generell fragen wir uns, wie vorhin schon erwähnt wurde und jedes Jahr im Geschäftsbericht nachzulesen ist: Der

Gemeinderat sitzt ja in vier sogenannten Gremien, in denen es sich genau um diese Thematik handelt. Das kommt mir manchmal ein bisschen so vor wie die Geschichte mit den Grippemitteln. Ein Arzt hat mich einmal gefragt, ob ich weiss, warum es so viele Grippemittel gibt. Ich verneinte. Und er: Weil keines von ihnen wirkt. Wenn ich mich recht erinnere, hat auch die GPK schon einmal nachgefragt, wie hoch denn der Nutzen dieser Gremien ist. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass sich dieser Nutzen wahrscheinlich sehr im Rahmen hält, aber man macht eben mit, weil es irgendwie zum guten Ton gehört. So wie man oft auch als Politiker bei heiklen Themen ja nicht dagegen redet, weil es heisst, dann wird man sowieso nicht gewählt. Man sollte einmal genau abklären, ob es wirklich Sinn macht, dort überall teilzunehmen und Geld hineinfließen zu lassen, wenn man überhaupt keine Möglichkeiten hat zu gestalten und seinem politischen Willen wirklich Ausdruck zu verleihen. – Obwohl auch wir nicht ganz einverstanden sind mit den Erläuterungen des Regierungsrates, danken wir für die Antwort. Bezüglich der Verteilung der Abflüge sehen wir es ähnlich, zumal man ja sieht, dass die Stadt praktisch keine Flüge aufnehmen muss mit der Begründung – die schon sehr alt ist –, dies verbiete sich wegen der in der Stadt ansässigen Chemieindustrie, wobei es jedoch die gefahrenbehaftete Chemie, die man damals aufgelistet hatte, gar nicht mehr gibt, oder sie ist mittlerweile so angesiedelt, dass eine breitere Verteilung der Abflugbewegungen sehr wohl möglich wäre. Zudem darf man ja sehen, dass Basel-Stadt auch heute noch einen grossen finanziellen Nutzen an dem Flughafen hat, den Allschwil nicht hat, dass Basel aber handkehrum eigentlich null Flugbewegungen auf seinem Gebiet hat. Wir denken, dass das für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit nicht unbedingt förderlich ist; und wenn man sonst überall versucht Synergien zu schaffen und aufeinander zuzugehen, sollte man auch in dem Bereich miteinander reden. Ich glaube, dort ist der Punkt, wo der Gemeinderat generell wenn nicht Massnahmen treffen, so doch immer einmal wieder gezielt hinweisen kann.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe mich sehr gefreut, dass der Einwohnerrat die Resolution so eindrücklich unterstützt hat und dass der Gemeinderat so deutlich mitgezogen hat. – Übrigens ein kleines Detail: Auf dem Papier wären es eigentlich noch viel mehr Unterschriften gewesen, als Etienne Winter vorgelesen hat, es hatte einfach keinen Platz mehr. – Die Antwort des Regierungsrates überrascht mich nicht, aber sie enttäuscht mich sehr. Aus meiner Sicht schläft der Regierungsrat von Baselland in dieser Angelegenheit seit Jahren, was die Interessen der Bevölkerung anbetrifft. Die Antwort enttäuscht mich auch sachlich deshalb, weil sie auf veralteten Daten basiert. Der Regierungsrat macht zum Beispiel das Regime von 2000 und 2001 geltend. [*lacht*] Alle, die hier leben, wissen, was sich in den 18 Jahren seit damals geändert hat. Ein zweites Beispiel, dann höre ich damit auf und lache nicht mehr: Beim Lärm hat der Regierungsrat total veraltete Werte genommen, nicht die jetzt aktuellen. Und ausblickend fehlt, dass der Regierungsrat mit keinem Wort die horrenden Ausbaupläne des Flughafens erwähnt, geschweige denn sie infrage stellt. – Eigentlich ist es doch klar: Der Fluglärm ist ungesund, die Schadstoffe zerstören das Klima. Und Billigflüge – das ist ja das grosse Problem – lohnen sich wirtschaftlich nicht. Sie lohnen sich eigentlich nur, weil der Flugverkehr befreit ist vom Spritzoll und auch sonst praktisch keine Abgaben zahlen muss. Der Frachtflug-Billigverkehr ist auch ein Problem. Er ist eigentlich nur darum interessant, weil der hiesige Flughafen, der uns den Lärm und die Abgase beschert, weit und breit die günstigsten Tarife hat. Unsere Idee ist eine Petition, die wir eingebracht und allen verteilt haben. Das ist eine Idee – kein Antrag heute. Eine Petition aus zwei Gründen. Erstens, das wurde schon gesagt, haben wir eigentlich gar keine Macht gegenüber dem Regierungsrat. Wir können den Regierungsrat nicht zu irgendetwas zwingen. Wir können ihn höchstens bitten. Und das Bitten geschieht in Form einer Petition. Das Zweite, das für die Petition spricht, ist, dass man den Kreis derer erweitern könnte, die sich gegenüber dem Regierungsrat artikulieren. Eine Petition könnten wir hier vom Einwohnerrat und Gemeinderat aus lancieren und dann von der Bevölkerung unterzeichnen lassen. Es gab schon einmal eine Petition, in Binningen, mit zigtausend Unterschriften. Das hat damals insofern Eindruck gemacht, als man das Flugregime in Bezug auf Binningen geändert hat. Mehr sage ich dazu jetzt nicht, denn das ist ja ein ganz heikles nachbarschaftliches Thema. Die Petition würde beinhalten, dass der Regierungsrat eine Studie erstellen lassen soll, die zeigt, wie gesundheitsschädigend der Flugverkehr ist und wie der Schadstoffausstoss des Flugverkehrs unser Klima beeinträchtigt. Die Studie soll darüber hinaus zeigen, wie es aussieht mit der nachhaltigen Rendite des Flugverkehrs. An dieser zweifle ich nämlich sehr. Ich zweifle sehr, ob in 30 Jahren der Flugverkehr noch rentiert. Eine Studie kann das belegen und nicht nur behaupten, wie ich das jetzt tue. Ein letztes Anliegen wäre, dass ich mit einer solchen Petition gerne einmal den berühmt-berüchtigten Spiess umdrehen würde. Bis jetzt – und ich bin ja schon 20 oder 30 Jahre, mit Unterbruch, mit diesem Geschäft befasst – haben die, die etwas erreichen wollten, immer bewiesen, dass sie recht hatten. Und die, die etwas hätten unternehmen sollen, wollten das gar nicht wissen oder sind überhaupt nicht darauf eingegangen. Das ist das Spiel, das läuft. Und das ärgert mich total. Als Demokrat ärgert es mich total, dass die es sich leisten können, gar nicht wissen zu wollen, was man wissen kann. Den Spiess umzudrehen, würde heissen, dass der Regierungsrat veranlassen müsste, dass man nachweist, wie es ist. Das nicht immer nur wir es sind, die Forderungen stellen, Beweis erbringen, aber nicht angehört werden. Sondern der Regierungsrat soll einmal ausloten, was Sache ist. Dazu gibt es auch – und das ist jetzt das Letzte, was dazu sage – eine internationale

Verpflichtung. Es gibt ein sogenanntes Espoo-Abkommen, benannt nach der finnischen Stadt Espoo, in der es abgeschlossen wurde. Es wurde 1991 getroffen, und zwar weil man gemerkt hatte, dass immer mehr Länder die giftigen und schädlichen Sachen an ihre Grenzen stellen, und wenn man Pech hat, so, dass das Gift über die Grenzen hinaus geht. Mit dem Espoo-Abkommen wollte man dem einen Riegel schieben. Es sollte geprüft werden, ob nicht Anlagen, zu welchen auch Flughäfen gehören, den Schaden, den sie erzeugen, dem Nachbarn hinüberbeamten. Die Schweiz hat das Espoo-Abkommen 1997 ratifiziert. Aber sie sorgt nicht dafür, dass es für diesen Flughafen eine Umweltverträglichkeitsprüfung gibt.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: So, wie es aussieht, werden wir eher «step by step» in kleinen Schritten kämpfen müssen, da man ja festgestellt hat, dass wir von hier aus nicht so viel bewirken können. Ich möchte doch wenigstens den Gemeinderat bitten, dass, wenn der Regierungsrat Dinge verspricht wie etwa die Erhöhung der Nachtfluggebühren, eine Erfolgskontrolle bezüglich dieser Versprechungen verlangt wird. Dann können wir ja in einem Jahr wieder nachrechnen und sehen, wo wir stehen und ob die Lenkungsmaßnahme etwas genützt hat.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich nehme gern Stellung auf dein Votum, Ueli Keller, zum einen verfahrenstechnisch, zum anderen inhaltlich. Ein Grund, warum ich diese Diskussionsrunde verlangt hatte, war auch, dass darüber gesprochen wird, wie wir in diesem Rat bezüglich dieses Themas weiter fahren. Eine Petition ist kein parlamentarisches Mittel vor diesem Einwohnerrat. Eine Petition ist etwas, das jeder hier drin und auch jeder draussen ergreifen kann. Es ist keine Sache des Einwohnerrates. Wenn wir als Einwohnerrat eine Petition starten, dann können wir ausserordentliche Einwohnerratsversammlungen machen und monatelang Unterschriften sammeln. Die richtigen Ansprechpartner für eine Petition wären die Ortssektionen der Parteien, bzw. deren Vorstände. Was das inhaltliche angeht, so möchtest du eine Studie herbeiführen über die Auswirkungen der Lärmbelastungen. Dazu möchte ich in Erinnerung rufen, dass eine solche Studie bereits seit 2014 auf Bundesebene läuft. Sie heisst «SiRENE», «short and long term effects of transportation noise exposure». Es geht dort genau darum, im Schlaflabor herauszufinden, was Strassen-, Schienen- oder Fluglärm für Risiken und Auswirkungen hat. Das läuft schon. Was wir tun können, ist, eventuell einmal zwischen Resultate zu erfragen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Was man sicher erwähnen muss, ist, dass Flugzeuge weniger Lärm verursachen. Wenn man, wie ich, am Rosenberg aufgewachsen ist, kann man das wirklich nachvollziehen. Wenn ich früher am Sonntagabend einen Tatort anschaute, dann habe ich bei einem Flugzeugstart einen Moment lang nichts mehr von dem verstanden, was am Fernsehen lief, und das war noch vor den Zeiten, als man den Film einfach anhalten konnte. Mir fällt aber heute auf, wo ich diese Möglichkeit hätte, dass ich sie fast nicht mehr anwenden muss, weil die Lärmbelastung definitiv stark zurückgegangen ist. Was aber kein Argument für die Rechtfertigung eines weiteren Ausbaus sein soll, das muss man auch ganz klar festhalten. Was man auch noch nachfragen muss: Wenn in der Resolution unter Punkt C die Nachtflugsperre angesprochen wird, sagt der Regierungsrat: «Der Regierungsrat begrüsst lösungsorientierte Massnahmen, die nicht das Potenzial aufweisen, lärmtangierte Gebiete gegeneinander auszuspielen. Die Lösungen sollen erreicht werden, ohne einem anderen Gebiet zu schaden. Der Regierungsrat ist daher der Meinung, dass die Forderung einer geographisch auf Allschwil beschränkten Nachtflugsperre...» Wir sind der Meinung, dass man eine Nachtflugsperre nicht auf Allschwil beschränken sollte, sondern dass sie generell für den Flughafen gelten soll. Das muss man festhalten. In diesem Punkt finde ich die Antwort der Regierung sehr unsauber. Ich bin auch der Meinung, dass die Antwort absichtlich so gegeben wurde, um das Problem nur auf unsere Gemeinde herunterzuspielen. Das Thema Petition sehen wir gleich wie es Etienne Winter ausgeführt hat. Als sinnvoll würden wir es jedoch erachten, dass der Gemeinderat einmal ganz offen und ehrlich die Mitgliedschaft in diesen Gremien überprüft. Das möchten wir gerne mitgeben, ohne es in einen Vorstoss zu kleiden. Wir denken, dass der Gemeinderat das auch so hinbekommen und uns dann berichten sollte. – Am Rande möchte ich noch etwas anderes erwähnen, damit man auch sieht, wie zum Teil unsinniges Zeug transportiert wird. Ich habe am Wochenende etwas Interessantes gelernt, und zwar bei einem Nachtessen, als ich auf einer Speisekarte unter den Desserts von einer «Flug-Mango» las. Ich dachte zuerst, es handle sich um eine spezielle Form einer Mango-Frucht, bis man mir in dem Restaurant dann folgendes erklärte: Mangos werden in der Regel geerntet, bevor sie reif sind, sie werden dann mit dem Schiff oder dem Zug verschickt, und bis sie ankommen, ist der Reifungsprozess abgeschlossen. Eine «Flug-Mango» ist nichts anderes als eine Mango, die man im Ursprungsland so lange wachsen lässt, bis sie die perfekte Reife hat, sie dann pflückt, in ein Flugzeug packt und in das Bestimmungsland fliegt, wo sie gegessen werden soll. Das ist definitiv ein unsinniger Einsatz von Flugmitteln. Ich wollte das zum Besten geben, damit diejenigen, die künftig vielleicht einmal von einer «Flug-Mango» lesen, wissen, dass sie darauf sehr gut verzichten können.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es liegt mir fern, Etienne, mit dir darüber streiten zu wollen, wer Recht hat. Aber du hast ein schönes Beispiel dafür gebracht, welches das belegt, was ich vorhin sagte. Die Gesundheitsstudien, die vorliegen – SiRENE hast du genannt, Sapaldia gibt es noch – werden einfach nicht ernst genommen. Studien, die bis jetzt gemacht wurden, macht immer die Lobby. Und die nimmt sie dann ernst. Und als Zweites noch: Für den Gemeinderat wäre eine Petition eine Chance, sich zu profilieren. Ich verlasse die Idee der Petition nicht, wenn weder der Gemeinderat noch der Einwohnerrat sie lancieren, weil ich nach wie vor sehr, sehr überzeugt bin, dass es eine deutliche Artikulation braucht von vielen Leuten aus der Bevölkerung, die sagen: Es reicht! Und mehr sicher nicht!

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Ich möchte nur kurz etwas berichtigen hinsichtlich dieser «Flug-Mango». Ich komme ja aus dieser Branche. Diese Früchte, nicht mit einem speziellen Flieger hierher, sondern wenn Sie irgendwo aus Afrika hierher in die Schweiz fliegen, kann es gut sein, dass es unten im Flugzeug diese Früchte hat. Also der Flieger fliegt so oder so.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Somit ist diese Diskussionsrunde abgeschlossen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wir haben jetzt diverse Fragen an den Gemeinderat. Wäre der Gemeinderat bereit, in einem Votum auf die diversen Anregungen kurz Stellung zu nehmen?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Es war ein bisschen viel, was ich mir aufzuschreiben hatte. Darf ich die Antworten nach der Pause geben. Dann könnte ich auch ein paar Dinge noch nachschauen.

Simon Maurer, Präsident: Okay, dann wird der Gemeinderat die Fragen im Rahmen des Infofensters beantworten. Somit ist das Traktandum 5, Diskussionsrunde zum Fluglärm, abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum neu 6 (vorher 5)

Bericht des Gemeinderates vom 20.12.2017, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 25.03.2018, betreffend Quartierplanung „Wohnen Wegmatten“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4362 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Es hat mich natürlich gefreut, dass wir bei der ersten Lesung relativ schlank mit dem Geschäft vorangekommen sind. Es sind in der Zwischenzeit auch keine weiteren Fragen an mich herangetragen worden. So nehme ich nur kurz Stellung zu den Anträgen der Kommission für Bau und Umwelt. Wie ich schon letztes Mal ausführte, ist der erste Antrag der KBU unbestritten, ihn übernimmt der Gemeinderat und empfiehlt Ihnen, die Version der KBU so anzunehmen. Beim zweiten Antrag, der sich auf den Hochwasserschutz bezieht, kann man vielleicht die Redensart vom Gürtel und den Hosenträgern heranziehen. Ich habe dennoch gewisse Bedenken, dem Antrag der Kommission einfach zuzustimmen, weil heute noch gar nicht ganz klar ist, wann der Staudamm im Lützelbach gebaut wird. Dann ist wirklich keine Gefahr mehr dar, und ich hoffe einfach, dass bis dorthin nichts passiert. Denn ich finde das Projekt wirklich ein sehr gelungenes Projekt, und es täte mir leid, wenn wir dort irgendwelche Streitereien mit den Investoren bekämen. Aber es ist natürlich richtig, was die KBU bemerkt hat: Im Gesetz ist ein HQ 100 festgelegt, d.h. 100-jähriges Hochwasser muss ein Gebäude so oder so aushalten können. Der Gemeinderat verschliesst sich der Version der KBU nicht, ich wollte die andere Sicht einfach noch mal zu Protokoll geben. – Die Sache mit der minimalen Nettowohnfläche war vielleicht ein kleiner Flüchtigkeitsfehler in dem Quartierplanvertrag. Er liegt hier nur zur Kenntnisnahme vor. Diesbezüglich bedankt sich der Gemeinderat für die Aufmerksamkeit der Kommission, und er nimmt gerne entgegen, dass wir die minimale Nettowohnfläche für die beiden Wohnungstypen 2 ½- und 1 ½-Zimmer-Wohnungen genau festschreiben. In diesem Sinne bitte ich Sie – wenn jetzt keine Fragen mehr vorhanden sind –, den Anträgen zuzustimmen, sodass wir das Geschäft wirklich weiter vorantreiben zum Nutzen von Allschwiler Einwohnerinnen und Einwohnern.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es noch Wortmeldungen innerhalb der allgemeinen Beratung gibt.

Allgemeine Beratung

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Mir ist noch etwas aufgefallen, das man etwas anders behandeln könnte, wie ich inzwischen herausgefunden habe. Es geht um das Thema Velofahrer. Viele Leute, auch hier im Einwohnerrat, sind Velofahrer. Ein Thema habe ich gefunden auf Seite 6 im Quartierplan, Bericht des Gemeinderats an den Einwohnerrat. Dort steht: «Velofahrer können dieselben Wege bis zu den Häusern nutzen. Sie finden ausreichend ab Stellplätze im Erdgeschoss der jeweiligen Baukörper.» Es ist nicht näher erläutert, wie viele Veloplätze es am Ende sein sollen, und ob es sich um gedeckte Plätze handelt oder nicht. Viele, die bereit sind, den Pendlerverkehr vom MIV zu entlasten, oder denen es im Traum zu eng ist, sind bereit, auf das Velo umzusteigen – aber dann hätten sie doch gerne einen trockenen Sattel, wenn sie am Morgen starten oder abends heimfahren. Das gleiche habe ich gesehen im Quartierplan Wohnen Wegmatten, da steht unter C. auf S. 16: «Genügend Abstellplätze für Zweiräder sind vorzusehen.» Aber im ganzen Projekt wird nirgends der Nachweis erbracht, dass es am Ende so sein wird und was man sich darunter vorzustellen hat. In einer Zeit, wo man auch Parkplätze einspart – also wieder ein Druckmittel gegen die Benutzung des Autos setzt – ist dies hier eine veraltete Art und Weise, mit Velos in einem Quartierplan umzugehen. Ich werde mit dem gleichen Thema auch wieder kommen beim Geschäft Heuwinkel. Ich habe also die allgemeine Frage an den Gemeinderat: Wie hat man Velo-Abstellplätze eingeplant? Hat es genug davon? Und sind sie gedeckt? Ich habe den Eindruck hier in Allschwil, um die Tramhäuschen herum, aber auch generell, dass man sich als Velofahrer um die Abstellplätze prügeln muss, und dann werden die Velos auch noch nass.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Generell möchte die SVP-Fraktion kund tun, dass wir das Projekt Wegmatten, so, wie es heute Abend vorliegt, als sinnvoll und zukunftsorientiert erachten und sogar auch als ästhetisch ansprechend empfinden. Ich möchte die Gelegenheit nutzen – auch wenn jenes Geschäft in der letzten Sitzung behandelt wurde – darauf hinzuweisen, dass die SVP-Fraktion nie gegen den Wegmatten-Park und dessen Ausführung war; dies wurde in den Medien und auch später in der Kommunikation falsch dargestellt. Wir waren immer ganz klar gegen die Kosten. Dies ist, wie wir mitbekommen haben, an mehreren Orten nicht sauber kommuniziert worden. Ich möchte das hiermit richtig stellen. – Bei der Überbauung sieht es anders aus. Diese können wir vollumfänglich unterstützen. Jetzt kann ja die Zeitung dann schreiben, dass wir nicht nur die schönste Turnhalle im Kanton abreissen, sondern auch den grössten Hundescheisshaufen beseitigen. So haben wir schon zwei Schlagzeilen auf sicher. – Was die tollen Einwände von Rahel Balsiger angeht, so frage ich sie, ob nicht der Kommissionspräsident Andreas Bärtsch, der mit seiner Kommission gute Arbeit leistet, ihrer eigenen Fraktion angehört; und da frage ich mich natürlich, warum derartige Fragen nicht den direkten Weg innerhalb der Fraktion zum Kommissionspräsidenten finden.

Christoph Morat, Gemeinderat: Rahel Balsiger bezieht sich unter anderem auf den Planungs- und Begleitbericht. Dort hat der Ersteller des Quartierplans nur darauf hingewiesen, wie die Parkierung abzuhandeln ist. Veloparkplätze sind vom Gesetzgeber her nicht geregelt. Bei einem Quartierplan geht es immer um ein Sondernutzungsrecht, und hier haben wir die einmalige Situation, dass die Gemeinde Allschwil in erster Linie sich selber ein Sondernutzungsrecht bezüglich der Wegmatten gibt, und wir geben es dann im Baurecht an einen Investor weiter. Das Thema Veloparkplätze wird ja heute ganz pragmatisch im Baugesuchsverfahren abgehandelt. D.h., wir sind jetzt noch um eine Flughöhe zu hoch. In einem Baugesuchsverfahren wird natürlich darauf Wert gelegt, wie Veloplätze vorgesehen sind. Unter Umständen ist dann auch separat auszuweisen, wo gedeckte Veloparkplätze angeboten werden. Das ist heute auch eine Frage der Attraktivität von Wohnraum. Aber wir müssen das auf die Ebene des Baubewilligungsverfahrens verschieben. Zum heutigen Zeitpunkt kann noch nicht ganz genau definiert werden, wo diese Velo Abstellplätze sein werden und ob sie überdacht sein werden oder nicht. Aber das überlassen wir dem Investor.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Grundsätzlich wiederhole ich nochmals, dass unsere Fraktion sehr zufrieden damit ist, was der Gemeinderat aus dieser Wegmatten gemacht hat. Zwei Details seien nochmals wiederholt: Wir wünschen uns sehr, dass die Bevölkerung bei der Ausgestaltung des Parks beteiligt wird. Und wir haben Mitglieder in unserer Fraktion, die die geplante Höhe der Häuser infrage stellen.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob eine abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderates gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur zweiten Lesung des Quartierplan-Reglements, worin auch die Anträge der KBU beraten werden. Ich übergebe das Wort dem zweiten Vizepräsidenten.

2. Lesung

Erlass, S. 1

keine Wortmeldung

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, S. 1

keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung, S. 2

keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung, S. 3

keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, S. 4

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Wie schon mehrfach erwähnt, möchte die Kommission den Abs. 2 wie folgt anpassen:

«Unterirdisch dürfen neben der Einstellhalle auch der Überbauung dienende Kellergeschosse und technische Anlagen erstellt werden, auch wenn sie im Quartierplan nicht eingezeichnet sind. Unterirdische Bauten und Bauteile sind, *mit Ausnahme der unter dem im Quartierplan eingezeichneten, zentralen, öffentlichen Freiraum liegenden Einstellhallenflächen und der Einstellhallenzufahrt*, so zu konzipieren, dass sie nach aussen nicht in Erscheinung treten und dass sie das bauliche, betriebliche, aussenräumliche und ökologische Gesamtkonzept nicht beeinträchtigen.»

Die Kommission für Bau und Umwelt beantragt dem Einwohnerrat, den Abs. 2 in dieser Form anzunehmen.

://:

Dem Antrag der Kommission für Bau und Umwelt wird einstimmig zugestimmt.

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, S. 6

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, S. 8

keine Wortmeldung

§ 7 Ver- und Entsorgung, S. 10

keine Wortmeldung

§ 8 Lärmschutz und Hochwasserschutz, S. 10

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Hier beantragt die Kommission, im Titel die Worte «und Hochwasserschutz» zu streichen und ferner im Abs. 2 die beiden im Text zweimal als «c» bezeichneten Buchstaben zu streichen, sodass im Ergebnis die Regel des kantonalen Gesetzes gilt.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich verstehe nicht ganz, warum das gestrichen werden soll. Die Gebäudeversicherung schlägt so etwas doch sicher nicht umsonst vor. In Sachen Hochwasser wird in Zukunft, wenn wir nicht mehr leben, vielleicht noch vieles auf uns zukommen. Wieso ist es so wichtig, diese Passagen zu streichen?

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich kann die Frage von Niklaus Morat beantworten. Es geht nur darum, dass man eine einheitliche Linie hat. Diese ist im Gesetz vorgegeben. Mehr ist nicht gefordert. Es macht nicht wahnsinnig viel Sinn, dass man im Rahmen eines Quartierplan andere Hochwasserschutzanforderungen stellt, als sie sonst gelten. Selbstverständlich gilt auch weiterhin, dass eine höhere Schutzkote gemacht werden kann und auch empfohlen ist. Aber grundsätzlich ist das 100-jährige Hochwasser gefordert, das gilt überall auf kantonaler Ebene. Dann ist es natürlich auch so, dass die Beurteilung des Hochwasserschutzes auf den aktuellen Massnahmen basiert, die realisiert sind, und nicht auf solchen, die irgendwann einmal geplant sind. Da werden also nicht Dämme einberechnet, die es noch gar nicht gibt. Sondern man beurteilt es auf der Basis der heutigen Situation.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Dann habe ich noch eine Anschlussfrage: Wenn jetzt so ein 300-jähriges Hochwasser kommt, wer haftet dann?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wenn das käme, dann haftet die BGV, die Gebäudeversicherung, die man abgeschlossen hat. Aus Sicht der BGV ist es so: Wenn wir die Sicherungsmassnahmen für das 100-jährige Hochwasser nicht einhalten würden, und es passiert etwas, dann sagt die BGV: Schaut selber. Wenn wir das 100-jährige aber einhalten, und es kommt ein 300-jähriges, dann ist die BGV in der Pflicht zu zahlen. Es gibt von daher keinen Grund, erschwerte Hochwassermassnahmen vorzuschreiben.

Simon Maurer, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir stimmen über den Antrag der KBU ab, im Titel die Worte «und Hochwasserschutz» zu streichen und Absatz 2 zu streichen.

://:

Dem Antrag der KBU wird grossmehrheitlich, bei 1 Nein und 1 Enthaltung, zugestimmt.

§ 9 Realisierung / QP-Vertrag, S. 11

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen / Ausnahmen, S. 12

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, S. 12

keine Wortmeldung

Beschlussfassung und Genehmigung, S. 13

keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Wir kommen zur 2. Lesung des Quartierplans.

Quartierplan

keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4362/A abgeschlossen sind und dass die zweite Lesung des Reglements und des Quartierplans abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats gemäss Bericht 4362, S. 14

Abstimmung

Anträge des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Der Quartierplanung «Wohnen Wegmatten», bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, wird zugestimmt und dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.

://

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplan-Vertrag wird zur Kenntnis genommen.

://

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

://

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Robert Vogt, Gemeinderat: Wie Sie wissen, hat die Gemeinde vor einer Woche noch kommuniziert, dass die Stimmrechtsbeschwerde zum Abriss der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse vom Regierungsrat abgewiesen worden ist. Gestern kam die Basellandschaftliche Zeitung mit der Meldung heraus, dass die Initianten die Beschwerde nicht weiterziehen werden. Dementsprechend hat der Gemeinderat die Arbeiten wieder in Angriff genommen, d.h. in den nächsten Wochen wird der Rückbau der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse weitergehen.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Es war vorhin gewünscht worden, dass ich etwas zur Flughafendebatte sage. Ich versuche, der Reihe nach auf die verschiedenen Punkte einzugehen. Etienne Winter wünschte einen Tätigkeitsbericht über die letzten 15 Jahre. Ich bin bekanntlich noch nicht so lange dabei, denke aber, dass in Zusammenarbeit mit Robert Vogt, der das Thema zuvor lange Zeit bearbeitet hatte, sowie mit Andreas Dill einiges zusammengetragen werden kann. Ob dies dann in der Juni-Sitzung schon als brauchbares Dokument präsentiert werden kann, kann ich im Moment nicht versprechen, da dies ja auch die Mitarbeit anderer braucht. Ich werde aber darauf hinarbeiten, dass es gelingt. – Im weiteren wurde gefragt, warum Allschwil mehr Flüge hat als die Gemeinden ringsum. Auch das ist eine alte Geschichte, die schon x-mal diskutiert wurde. Die Gründe, warum sich Allschwil damals nicht für eine Plafonierung durchsetzen konnte, sind mir nicht bekannt. Klar ist natürlich, dass ein einseitiger Handlungsspielraum besteht für Allschwil. Wir können niemandem aufoktroieren, dass er Flüge übernehmen muss, schon gar nicht gegenüber Basel-Stadt oder einer anderen Anwohnergemeinde ringsum. Wir können höchstens versuchen, einen entsprechenden Prozess in die Wege zu leiten. – Florian Spiegel hat den Gemeinderat gebeten zu prüfen, was eigentlich dessen Mitwirkung in den unterschiedlichen Gremien nützt. Auch diese Frage wurde schon vielfach diskutiert. Für mich stellt sich da grundsätzlich die Frage, wie ich den Begriff «Nutzen» definieren soll. Ich persönlich bin der Meinung, dass schon dann ein Nutzen vorhanden ist, wenn man nur schon durch seine Teilnahme zeigen kann, dass man die gegebenen Möglichkeiten ausschöpft und die offiziellen Gremien wahrnimmt. Nutzen kann hier nicht nur im Sinne eines Wirkungsgrades verstanden werden, sondern der Begriff muss weiter gefasst werden in dem Sinn, dass wir sagen, wir bleiben nicht aussen vor, sondern wir probieren das mitzunehmen, was möglich ist. – Ueli Keller hat natürlich recht, wenn er bemängelt, dass die Antwort des

Regierungsrates schlecht ist. Sie ist schlecht, weil die Bezugszahlen uralt sind, und es bestehen auch noch weitere Mängel. Was das Engagement in einer möglichen Petition betrifft, hat er hoffentlich Nachsicht, dass ich nicht für den Gesamtgemeinderat sprechen kann. Die Resolution jedenfalls ist in erster Linie das Produkt des Einwohnerrates, und er ist es, der in erster Linie beschliessen muss, was er damit machen will. Selbstverständlich kann ich persönlich als Gemeinderat meine Unterstützung signalisieren für den Fall, dass man eine geeignete Form findet, um die Resolution fortzuführen. – Rahel Balsiger hat vorgeschlagen, eine Erfolgskontrolle einzuführen hinsichtlich der Versprechungen des Regierungsrates. Dazu muss ich sagen, es ist nicht der Regierungsrat, der etwas verspricht, sondern höchstens der Flughafen. Der Regierungsrat kann nämlich gar nichts versprechen. Er macht es sich einfach bequem und sagt, er «begrüsse» lösungsorientierte Massnahmen, was immer das heissen mag. Es heisst nämlich gar nichts. Der Flughafen soll schauen, dass etwas tun kann, und die Regierung ist zufrieden. Mehr kann man von ihr an dieser Stelle gar nicht erwarten. – Dann sagte Florian Spiegel in seinem zweiten Votum, dass die Antwort unter Abschnitt C der Resolution ungenügend sei. Hier handelt es sich um die Nachtflugsperrung. Der Regierungsrat möchte in seiner Darstellung erwirken, dass das eine geografische Auffassung von Allschwil ist. Da hat Florian Spiegel natürlich recht, das ist ein billiges *Buebetrickli* vom Regierungsrat, wenn er dies als eine geografische lokale Angelegenheit abtut. Tatsache ist, dass am 18. Januar eine Trinationale Charta verabschiedet wurde, die eine Beschränkung der Nachtruhe fordert. Das Bestreben ist also rund um den Flughafen da. Der einzige Unterschied liegt somit nicht in der Geografie, sondern in der Zeit. Allschwil hat sich für 22:00 Uhr ausgesprochen, trinationale konnte man sich lediglich auf 23:00 Uhr einigen; dazu musste man aber auch sehr viele Player auf einen Nenner bringen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich weiss nicht, ob ich noch etwas ergänzen darf? Es geht um die Frage, warum Basel nicht überflogen wird. Ich weiss es genau. 1973 gab es in Basel eine Abstimmung über die Erweiterung des Flughafens. Die Bevölkerung hat die Erweiterung abgelehnt, und zwar wegen des Fluglärms. Daraufhin hat die Regierung 1976 nochmals eine Vorlage gemacht und darin zugesichert, dass Basel nicht überflogen wird. Daraufhin hat die Bevölkerung ja gesagt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum neu 7 (vorher 6)

Bericht des Gemeinderates vom 24.01.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 16.04.2018, betreffend Quartierplanung „Heuwinkel“, bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4370 / A

Simon Maurer, Präsident: Ich weise einleitend darauf hin, dass es sich um die 1. Lesung handelt. In der Juni-Sitzung kommen wir zur 2. Lesung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir haben hier einen wesentlichen Unterschied zum vorhin behandelten Quartierplan Wegmatten. Im vorliegenden Fall war ein Unternehmer auf uns zu gekommen, die Bau- und Wohngenossenschaft Graphis, die seit 1945 in der Schweiz agiert. Sie hat mittlerweile etwa 26 Überbauungen und möchte hier ihre Überbauung an der Pappelstrasse/Heuwinkelstrasse erneuern. Sie trat relativ früh an uns heran und legte ihre Vorstellungen dar. Sie hatte auch einen Architekturwettbewerb durchgeführt, um ein qualitativ gutes Projekt aufgleisen zu können. Das Projekt, das wir heute Abend in 1. Lesung auf den Weg bringen können, ist in mehrfacher Hinsicht ein Vorzeigeprojekt. Erstens wird hier einmal realisiert, was sich Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung seit dem Bestehen der gültigen Zonenreglemente eigentlich immer gewünscht haben: dass ein arg in die Jahre gekommener Wohnraum erneuert oder ausgebaut wird, dies unter Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien. Von daher erschien uns dies ein sehr willkommenes Projekt, als es erstmals vorgestellt wurde. Zweitens ist es ein Vorzeigeprojekt in Sachen gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde. Wir waren von Anfang an involviert, um eine qualitativ hoch stehende Lösung realisieren zu können. Es war fast eine Art Public Private Partnership-Projekt, indem nämlich ein Stück der Pappelstrasse in den Quartierplan einbezogen wird. Es geht um etwa 10-15 m ab der Einmündung der Heuwinkelstrasse, wo die Gemeinde Mitwirkende am Quartierplan ist und einen Teil ihrer Parzelle für Begegnungsraum zur Verfügung stellt. Wir erachten das an diesem Ort für eine gute Art und Weise, umso etwas auszuprobieren. Es ist sicher nicht störend, und es wird damit auch sicher kein Präjudiz geschaffen. Sondern es ist einfach einmal ein Versuch, und selbstverständlich werden wir im Rahmen der Baubewilligung und der Realisierungsphase weiterhin den Finger darauf halten und

mitbestimmen können, was mit unserer Strassenparzelle geschieht. Es ist also kein Landverkauf, sondern lediglich ein Einbezug der Oberfläche der Strasse. Ich bin sehr froh, dass wir auch hier zwei Lesungen haben und bitte Sie, jetzt ihre Fragen zu stellen, sodass wir diese erörtern und allenfalls mitnehmen können, um sie dann im Juni umfassend zu diskutieren und dann hoffentlich auch den Beschluss fällen zu können.

Andreas Bärtsch, Präsident der Kommission für Bauwesen und Umwelt: Wir haben den QP Heuwinkel in zwei Sitzungen behandelt. Er besteht aus drei Parzellen, und wie wir schon gehört haben, gehören zwei Parzellen einem privaten Eigentümer, eine ist im Besitz der Gemeinde. Die KBU hat folgende Ziele überprüft: Realisierung einer qualitativ guten Wohnüberbauung mit guter Nutzungsflexibilität, quartierverträgliche Siedlungsverdichtung mit hoher Qualität, Erneuerung der Siedlung für einen zeitgemässen Wohnungsbau, Ermöglichung eines energetisch nachhaltigen Standards für die Überbauung und Sicherstellung des Hochwasserschutzes. Die Sicht der Kommission ist folgende: Die Kommission begrüsst das gewählte Bebauungskonzept. Beim Aussenraumkonzept stellt die Kommission fest, dass zwei Aufenthaltsbereiche geschaffen worden sind. Entlang der Heuwinkelstrasse ist ein öffentlicher Platz geplant und im Hinterhof des Gebäudes gibt es eine Spielwiese mit einer ökologischen Begrünung, sodass 12 % ökologische Ausgleichsfläche entstehen. Die Kommission begrüsst den Einbezug der Strassenparzelle in den Quartierplan, wodurch die Schaffung des öffentlichen Platzes ermöglicht wird. Bei der Energieversorgung ist sich die Kommission auch mit dem Gemeinderat einig, dass die vorgegebenen CO₂-neutralen Grenzwerte erreicht werden sollen. Aus Sicht der Kommission ist es jedoch fraglich, ob man in einem Quartierplan die Energieerzeugung so genau definieren soll. Denn die Quartierpläne haben ja in der Regel eine Gültigkeit von 40 bis 50 Jahren. Und wenn wir zurückdenken, wie wir vor 40 bis 50 Jahren unsere Energien erzeugt haben, dann sehen wir einen grossen Wandel, der sich ergeben hat. Die Kommission ist der Meinung, dass man in den Quartierplänen den Spielraum etwas offener formulieren soll, damit man künftig auch andere, bessere Energieerzeugungsarten einsetzen kann. – Bei der Hochwasser-Kote haben wir den gleichen Einwand wie beim QP Wegmatten; darauf muss ich nicht mehr näher eingehen.

Aus Sicht der Kommission werden die vorgegebenen Ziele mit den von der Kommission vorgegebenen Korrekturen erreicht. Die KBU empfiehlt dem Einwohnerrat, den Anträgen des Gemeinderates mit den folgenden Ergänzungen zuzustimmen:

1. Dem Quartierplan «Heuwinkel», bestehend aus Quartierplan und Quartierplan-Reglement wird mit den folgenden Änderungen zugestimmt:
In § 8 ist der Abs. 2 zu streichen und im Titel «und Hochwasserschutz» zu streichen.
Anschliessen wird die Quartierplanung «Heuwinkel» dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.
2. Die öffentliche Urkunde betreffend Quartierplan-Vertrag wird zur Kenntnis genommen.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich erwähnen: Behandelt werden der Bericht an den Einwohnerrat, das Reglement und der Quartierplan. Die öffentliche Urkunde, der Mitwirkungsbericht, der Planungs- und Begleitbericht (Anhang 1 und 2) sind lediglich zur Kenntnisnahme; darüber können wir nicht abstimmen.

Allgemeine Beratung

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir danken sowohl für den Bericht des Gemeinderats wie aber auch der KBU und erachten das Bauvorhaben im Gesamten als sinnvoll, zumal es, wie schon erwähnt, in die Richtung zielt, die sowohl der Gemeinderat wie der Einwohnerrat mehrmals als sinnvoll erachtet haben, also das Sanieren oder neu Aufstellen von in die Jahre gekommenen Liegenschaften für eine wohnliche Verbesserung. Was wir als etwas störend erachten, ist folgendes: Man kann ja über zwei Grundstücke hinweg einen Quartierplan erstellen und dies zusammenlegen. Was uns jedoch etwas stört, ist, dass zu wenig darauf eingegangen wird, wie es mit der Strasse genau funktionieren soll, die zwischen den beiden Liegenschaftsparzellen liegt. Die Strasse führt nachher genau durch den Quartierplan hindurch, der ja ein gesamtheitliches Gebilde werden soll. Wie stellt man sich den Übergang vom 50 km/h-Bereich zur Begegnungszone auf der Pappelstrasse vor? Gibt es dort Poller, die man nur mit einer speziellen Zufallsberechtigung passieren kann? Es dünkt uns elementar wichtig zu wissen, was mit dieser Strasse passieren soll. Darauf wird aber faktisch nicht eingegangen. Für uns als Fraktion ist es klar, dass wir das Geschäft in der zweiten Lesung nur überweisen können, wenn vorher definiert worden ist, welche Lösung man dort anstreben will. Wie ich beim Herumhören mitbekommen habe, sind wir nicht die einzigen, die diese Frage aufwerfen. – Generell möchte ich noch eine Anmerkung machen, die sich aber nicht unmittelbar auf das Geschäft bezieht, sondern auf die technische Darstellung auf der Gemeinde-Webseite. Während die Informationen bezüglich Wegmatten sehr schön und übersichtlich aufbereitet

sind, findet man beim QP Heuwinkel lediglich eine unendlich lange pdf-Datei, aus welcher man sich gewünschte Informationen mühsam heraussuchen muss. Als Tipp für die Zukunft möchte ich mitgeben, dass man künftig alle Geschäfte gleich sauber aufbereitet nach dem Vorbild des QP Wegmatten.

Simon Maurer, Präsident: Dazu kurz eine Bemerkung von mir. Ich nehme das Votum bezüglich der Webseite gerne mit und schaue es im Büro an.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir möchten uns ebenfalls für den Kommissionsbericht bedanken und zwei, drei Anmerkungen machen. Wir hinterfragen die eher wuchtigen Neubauten mitten in dieser noch bestehenden Wohnzone 3. Die neuen fünfgeschossigen – mit Attikageschoss sogar sechsgeschossigen – Wohnbauten heben sich sehr deutlich von den umliegenden niedrigeren Häusern ab. In der bestehenden Siedlungsstruktur wirken sie dominant und werden am Anfang gewöhnungsbedürftig sein. Dies ist nicht als Kritik an der neuen Architektur zu verstehen, sondern als Kritik an der Situation. Beim Resultat einer Quartierplanung ist auf neue Gegebenheiten hinzuwirken; in diesem Fall ist es die Antwort auf das verdichtete Bauen. Ob in der nächsten Zonenrevision dieses Quartier eh fünf- oder sechsgeschossig bebaut werden darf, zeigt sich dann, und die neue Situation wird sich schrittweise angleichen. – Bei uns wurden auch Stimmen laut, dass die Parkplatzsituation mit 0.7 Stellplätzen pro Wohnung nicht positiv zu werten sei und dass man eher auf den Faktor 1.0 gehen sollte. Das möchten wir dem Gemeinderat für die weiteren Quartierpläne mitgeben. Man soll nicht immer unisono die Parkplatzreduktion gutheissen, sondern die individuelle Mobilität der zukünftigen Wohnungsbesitzer soll beibehalten werden können. Nichtsdestotrotz sind die Einstellhallenplätze nicht allein für Autos gedacht, sondern auch für Fahrräder und anderes. Kurz gesagt, kann die CVP-Fraktion nicht unisono hinter dem Quartierplan «Heuwinkel» stehen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion steht diesem Vorhaben positiv gegenüber. Wir denken auch, dass die Verdichtung, die hier vorgesehen ist, mit den entsprechend höheren Baukörpern dem entspricht, was wir überall in Allschwil einführen wollen und zum Teil schon eingeführt haben. Das Projekt schafft eine positive Qualität des Aussenraums, die heute so nicht gegeben ist an diesem Ort. Das ist sicher als Plus zu werden. Bezüglich der Parkplatzsituation möchte ich der CVP zu bedenken geben, dass einerseits ihre eigene Partei sich im Landrat – verdankenswerterweise – dafür eingesetzt hat, dass man die bis vor kurzem sakrosankten Parkplatzzahlen ein bisschen nach unten korrigiert. Es ist einfach so, dass in einem stadtnahen Gebiet nicht ein Parkplatz pro Einheit nötig ist. Es ist schlicht nicht die Nachfrage da, und wir haben ja die Situation, dass in verschiedenen Einstellhallen, auch in diesem Gebiet, Parkplätze nicht vermietet werden können. Von daher macht es keinen Sinn aufzustocken. – Wir teilen auch die Bedenken bezüglich des Einbezugs der Pappelstrasse nicht. Wir meinen, auf der Ebene des Quartierplan muss man die detaillierte Ausgestaltung der Verkehrssituation sowieso ein wenig offen lassen. Auch hier ist daran zu erinnern, dass ein Quartierplan auf sehr lange Frist angelegt ist. Wir können heute noch nicht absehen, was in 40 oder 50 Jahren die verkehrlichen Bedürfnisse und die Verkehrsmittel sein werden. Es würde keinen Sinn machen, sich diesbezüglich im Quartierplan auf etwas festzulegen, was vielleicht in absehbarer Zeit obsolet ist und gar nicht mehr passt. Es trifft zu, dass dort theoretisch die Höchstgeschwindigkeit 50 km/h ist; aber die Verkehrssituation ist nicht so, dass man das wirklich ausfahren könnte. Ich möchte auch daran erinnern, dass wir im Baselmattweg Aufpflasterungen haben, die die Geschwindigkeit senken, ohne dass dort irgendetwas signalisiert ist. So etwas wird wahrscheinlich auch an der Pappelstrasse denkbar sein.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich darf für unsere Fraktion sagen, wir stehen bei diesem Projekt hinter dem Gemeinderat. Christoph Morat sagte vorhin, es sei ein «Vorzeigeprojekt»; bei uns hiess es: Das ist ein ganz tolles Projekt, sackstark. Ich möchte ein paar Dinge betonen, die toll sind, und am Schluss noch einen Hinweis geben und einen Antrag auf eine Prüfung stellen. Zum Aussenraum: Ich finde es ganz toll, dass sehr viel Wert darauf gelegt wird, ihn naturnah und einheimisch zu gestalten; und ich hoffe nicht, dort eine Hecke aus Forsythien sehen zu müssen. Das ist sicher ein grosses Plus. Ich habe mich auch gefreut, dass Baumreihen gepflanzt werden sollen. Bäume stellen eine riesige Aufwertung eines Quartiers dar: Sie geben Schatten, sie kühlen die Luft, sie machen es angenehm, als Kind umher zu springen oder als Senior mit dem Rollator einmal einen anderen Weg zu finden. Ebenfalls ganz toll finde ich, dies speziell auch an Rahel Balsiger gesagt, dass es, wie ich gelesen habe, gedeckte Abstellplätze für Velos geben soll. Zur Energieversorgung muss man nicht viel sagen, auch das ist eine tolle Sache, was diesbezüglich aufgegleist wurde. Zur Entsorgung: Donnerwetter, zum Glück machen wir das. Man hat hier einen Sammelplatz vorgesehen. Das entspricht einem Jahrzehnte alten Entsorgungskonzept in Allschwil – Roman Meury als Gemeinderat fuhr seinerzeit mit der Umweltkommission per Velo durch Allschwil, um Standorte zu suchen; das Ziel wäre gewesen, dass keine Einwohnerin und kein Einwohner mehr als 500 m zum nächsten Sammelplatz gehabt hätte; im Bereich Lindenplatz haben wir das bisher gar nicht geschafft. Hier jedoch hoffe ich darauf, dass wir das schaffen. Zum Parkraum: Hier ist es so, dass praktisch vor dem Haus eine der zentralen Tramlinien

vorbeiführt, nach links in die Stadt, nach rechts zur Gemeindeverwaltung oder ins Quartier Dorf oder weiter nach Schönenbuch. Man kann kaum zentraler wohnen. Zur Verkehrsführung: Ich finde es sehr positiv, dass die Überbauung über Baslerstrasse, Baselmattweg und Heuwinkelstrasse erschlossen wird, sowohl bezüglich der Parkplätze wie auch bezüglich des Zugangs zur Parkgarage. Man hat hier zwei weitere Strassen, Eschenstrasse und Pappelstrasse, beide sind sehr wichtige Schulwege. Wer vom Lindenplatz herkommt, läuft nicht über die Baslerstrasse, sondern geht hinten herum. In den Planunterlagen habe ich gelesen: Das Schwergewicht in der Pappelstrasse liegt auf Velo- und Fussgängerverkehr. Das ist wirklich eine Aufwertung eines Schulwegs in Richtung Schulzentrum beim Hallenbad. Diese Kanalisierung hat auch einen Vorteil für die Leute im Quartier. Sie wissen genau, das Auto oder das Motorrad kommt von der Baslerstrasse oder vom Baselmattweg her, nicht durch die Eschenstrasse oder die Pappelstrasse. – Ein Quartierplan ist immer etwas, das Geben Nehmen beinhaltet. Alle haben Vorteile davon. Es ist sicher etwas ganz Spezielles, dass drei Parzellen zusammengelegt werden, und eine davon gehört der Allgemeinheit, ist Allmend. Und die Allgemeinheit gibt ein Stück zu diesem Projekt, damit es überhaupt realisiert werden kann. Und die Öffentlichkeit bekommt etwas zurück, nämlich den Begegnungsraum als Teil einer Begegnungsstrasse. Ob das nun zehn oder 20 oder 40 m sind: Das ist ein Teil innerhalb dieses Projekts, dank dem das Ganze realisiert werden kann. Die Öffentlichkeit gibt etwas ab und wir bekommen auf der Allmend etwas zurück. Ich las Stichworte wie Bewohnertreff, Verweilen – d.h. *Bänkli* – Kommunikation – d.h. *Bänkli* – Erschliessung der Infrastrukturen, also etwas, das man sich wirklich als Begegnungsort vorstellen kann. Und das ist gar nicht schwer zu machen. Es braucht nur eine ganz klare Signalisation: Einfahrt von der Heuwinkelstrasse her oder von der Pappelstrasse her. Der obere Teil der Pappelstrasse ist ja «Zubringerdienst». Allen ist klar, das ist keine Durchgangsstrasse. Jeder kann sich darauf einstellen und danach entscheiden, wo er hinein fährt. – Auf dem Deckblatt der Vorlage hat der Gemeinderat den ganzen Plan abgebildet. Der gelblich hinterlegte Teil ist der sogenannte Begegnungsraum. Daneben befindet sich ein Stück Pappelstrasse, das noch grau eingefärbt ist. Einige von uns in der Fraktion fanden diese Situation schwierig. Aber wenn man die Begegnungszone klar kennzeichnet, ist das – wie auch in Basel überall – machbar. Mit einem Schild «Zubringerdienst gestattet» ist es auch klar.

Ich habe nachgeschaut – und bitte, dazu die Folie aufzulegen – wie es im schweizerischen Recht aussieht mit Kinderspielmöglichkeiten auf Allmend. Ich gebe den Ausdruck der Kommission gerne mit. [Art. 8 Strassenbenützungsverordnung:] «Für Tätigkeiten, namentlich Spiele, die auf einer begrenzten Fläche stattfinden, dürfen die für Fussgängerinnen und Fussgänger bestimmten Verkehrsflächen und auf verkehrsarmen Nebenstrassen die gesamte Fahrbahn benützt werden, sofern die übrigen Strassenbenützerinnen und -benützer dadurch weder unnötig behindert oder gefährdet werden.» Also: Zubringerdienst wäre eine Variante. Aufgrund dessen habe ich mir überlegt: Wieso kommt niemand auf die Idee, die ganze Pappelstrasse im Perimeter dieser Überbauung als Begegnungszone auszuweisen? Da gibt es klare Schilder. Ob man dieses Schild nun, wie im Plan vorgesehen, am Beginn der gelb markierten Fläche aufstellt, oder hinten an der Grenze des Quartierplans, ist einerlei. Es ist Allmend. Man würde etwas aufwerten, was sowieso vorhanden ist und wo sowieso kein Durchgangsverkehr wird stattfinden können. Es ist ein Schulweg.

Ich stelle daher den Antrag, den gesamten Abschnitt der Pappelstrasse innerhalb des Quartierplan-Perimeters in die Begegnungszone einzubeziehen.

Die Bebauungsziffer ist minim grösser als sie eigentlich sein sollte, ein Prozent, wenn ich es richtig weiss. Ein Prozent der Fläche sind ca. 46 m². Das bezieht sich nur auf das Parterre. Obendrauf hat es noch vier Etagen. Als Raum gebrauchen kann man also 4x46 Quadratmeter, das entspricht rund zwei Volleyballfeldern. Und das ist genau die gleich grosse Fläche wie der Raum der Pappelstrasse, der jetzt noch grau eingezeichnet ist. Es braucht ein Geben. Es braucht einen Nehmen.

Roman Hintermeister-Goop, FDP-Fraktion: Wir möchten uns bedanken für die tolle Arbeit, die hier geleistet wurde. Auch hier finden dies ein ganz gutes Projekt. Es wurde schon viel dazu gesagt. Ich möchte dem nichts mehr hinzufügen. Wir werden – mit den Änderungsanträgen der KBU – zustimmen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Besten Dank für die Fragen und Inputs, auf die ich kurz eingehen will. Florian Spiegel fragte nach dem Übergang des 50 km/h-Bereichs zur Begegnungszone auf der Pappelstrasse. Wie ich aus eigener täglicher Anschauung weiss, ist es dort, auch aufgrund einseitig geparkte Fahrzeuge, so eng, dass man sowieso nicht mit 50 km/h fahren kann. Wahrscheinlich kann man nicht einmal mit 30 km/h fahren. Auch an der Heuwinkelstrasse sind sehr viele Autos parkiert. Da die Gemeinde hier Partner ist, wird sie garantiert mitreden und auf einer sinnvollen Lösung bestehen. Wir werden das zusammen mit einem Verkehrsplaner prüfen und an der nächsten Sitzung Auskunft geben können. Ich hoffe, dass es dann zeitlich auch noch reicht, um sich mit der KBU kurzzuschliessen.

Christian Kellermann hat namens der CVP-Fraktion die fünfgeschossigen Attikabauten als wichtig bezeichnet. Dieser Meinung kann man sein. Die Jury war der Meinung, es passe gut in das Geviert hinein und man könne die fünf Stockwerke ohne weiteres realisieren. Zur Parkplatzsituation hat Matthias Häuptli eine Antwort gegeben. Ich bin ebenfalls der Meinung, in einem Quartier, das so nahe an einer Tramstation gelegen ist, kann man durchaus auf 0.7 Stellplätzen pro Wohneinheit gehen. Aber man wird das von Fall zu Fall überprüfen müssen. Es war jetzt zweimal hintereinander so, dass eine fantastisch gute Erschliessung mit dem ÖV gegeben war. Daher konnte der Gemeinderat einer Reduzierung der Parkplatzpflicht zustimmen. Im städtischen Raum wird das immer mehr kommen. Das Auto verliert an derartigen urbanen Wohnplätzen an Bedeutung. Andere Verkehrsmittel werden an Bedeutung zunehmen, sei das der öffentliche Verkehr oder der Langsamverkehr. Ich denke hier ist genau der richtige Ort, wo man so etwas machen kann.

Den Antrag von Jean-Jacques Winter werden wir mitnehmen und zusammen mit dem Verkehrsplaner prüfen, was es braucht, um eine solche Begegnungszone oder «Zubringerdienst» einzurichten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir sind natürlich dankbar, wenn wir auf die nächste Sitzung hin informiert werden. Ich möchte aber beliebt machen, dass der Gemeinderat die Fraktionen schon vorab über seine Absichten unterrichtet. Wenn die Information erst in der Einwohnerratssitzung kommt, hat man fast keine Zeit mehr, um zu beraten, wie man mit dem Geschäft verfahren will.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich gebe gern Lorbeeren zurück, die ich nicht verdient habe. Das Wort «Begegnungsort» habe ich dem Gemeinderat gestohlen. Es steht im Bericht des Gemeinderats drin, ebenso auch im Quartierplan. Noch kurz zur Signalisation: Auf dem Plan des Gemeinderats ist ersichtlich, dass es sich um einen Fussgängerübergang, analog beispielsweise Baselmattweg, handeln würde, der seit Jahren dort besteht, und man hat noch nie jemanden gehört, der meinte, der müsse entfernt werden. Wenn man einen zweiten solchen Übergang am Ende der Parzelle einrichtet, dann wäre die Begegnungszone mit wenig Aufwand signalisiert.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Dieses Votum gebe ich persönlich ab, nicht als Kommissionspräsident. Ich bin der Meinung, dass man nicht den öffentlichen Raum mit unnützen Tafeln vollpflastern und reglementieren soll. Wenn man die Situation anschaut, stellt man fest, dass die Pappelstrasse eine untergeordnete Quartierstrasse ist. Am Ende dieser untergeordneten Quartierstrasse hat man jetzt die Chance, einen öffentlichen Platz zu gestalten. Diesen kann man, die Jean-Jacques Winter schon ausführte, so gestalten, dass es ein Einfahrtsportal gibt, mit dem man im Prinzip dem motorisierten Verkehr ein Regime aufzwingen kann, sodass er mit reduziertem Tempo in diesen Raum hineinfährt. Die Pappelstrasse ist schlussendlich dann eine Sackgasse. Darum fände ich es überrissen, wenn man mit Reglementierungswut Tafeln aufstellen würde auf einer Quartierstrasse, die eigentlich bestens funktioniert.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich habe vorhin noch etwas vergessen. Florian Spiegel hatte noch die Darstellung der technischen Einzelheiten moniert. Ich weiss nicht mehr genau, wie das hier zustande kam. Wir werden uns aber Mühe geben, so etwas beim nächsten Mal zu vermeiden.

Simon Maurer, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Ich frage den Rat an, ob eine Artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts des Gemeinderates gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur 1. Lesung des Quartierplan-Reglements. Ich übergebe das Wort dem zweiten Vizepräsidenten.

1. Lesung

Erlass, S. 1

keine Wortmeldung

§ 1 Zweck, Ziele und Geltungsbereich der Planung, S. 1

keine Wortmeldung

§ 2 Art der baulichen Nutzung, S. 2

keine Wortmeldung

§ 3 Mass der baulichen Nutzung, S. 3

keine Wortmeldung

§ 4 Lage, Grösse und Gestaltung der Bauten, S. 4

keine Wortmeldung

§ 5 Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des Aussenraumes, S. 7

keine Wortmeldung

§ 6 Erschliessung und Parkierung, S. 9

keine Wortmeldung

§ 7 Ver- und Entsorgung, S. 10

keine Wortmeldung

§ 8 Lärm- und Hochwasserschutz, S. 11

keine Wortmeldung

§ 9 Realisierung u QP-Vertrag, S. 12

keine Wortmeldung

§ 10 Abweichungen und Ausnahmen, S. 13

keine Wortmeldung

§ 11 Schlussbestimmungen, S. 14

keine Wortmeldung

Beschlüsse, S. 15

keine Wortmeldung

Quartierplan

keine Wortmeldung

Simon Maurer, Präsident: Gibt es noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die 1. Lesung abgeschlossen. Die Abstimmungen über die Anträge des Gemeinderats gemäss Bericht erfolgen im Anschluss an die 2. Lesung in der Juni-Sitzung.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum neu 8 (bisher 7)

Bericht des Gemeinderates vom 28.02.2018, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 19.04.2018, betreffend Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4271A / B

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass Christoph Morat uns das Geschäft REK sehr detailliert vorstellen wird, wie ich ihn kenne. Ebenfalls gehe ich davon aus, dass alle Fraktionen eine fundierte Meinung zum REK haben und diese kundtun möchten. Und schliesslich gehe ich davon aus, dass darüber sicher auch noch diskutiert werden soll. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit von 20:33 Uhr frage ich mich, ob es sinnvoll ist, wenn man versucht, dieses Thema in der verbleibenden Zeit noch zu behandeln. Das REK ist ein sehr grosses Dokument und eine sehr grosse Vorlage. Ich weiss nicht, ob wir dem gerecht werden, wenn wir versuchen, es in einer halben Stunde durchzudrücken. Darum möchte ich beliebt machen, dass wir dies auf den Anfang der nächsten Sitzung verschieben, und es würde mich interessieren, wie die anderen Fraktionen das sehen. Es ist ja sogar so, dass man auch während der laufenden Sitzung einen Traktanden Änderung vorschlagen darf, man braucht dann allerdings eine 2/3-Mehrheit im Rat, nicht nur eine einfache.

Simon Maurer, Präsident: Ich möchte dazu anführen, dass auch für die Juni-Sitzung die Traktandenliste ziemlich voll sein wird. Bitte überlegen Sie es sich also gut, ob Sie dieses Traktandum verschieben wollen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte gern auf das übergeordnete Gemeindegesetz verweisen. Dort steht ganz klar, dass von einer beschlossenen Traktandenliste nicht abgewichen werden kann, ausgenommen man beendet die Sitzung. Ich möchte dazu Rudolf Spinnler fragen, ob es sich so verhält; ich habe es jedenfalls so gelesen: § 61 Abs. 4: «Das bereinigte Geschäftsverzeichnis ist für die Versammlung verbindlich und kann nicht mehr geändert werden. Vorbehalten bleibt der vorzeitige Versammlungsschluss wegen fortgeschrittener Zeit.»

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Die zitierte Bestimmung aus dem Gemeindegesetz bezieht sich auf die Gemeindeversammlung. Der Einwohnerrat ist daran nicht gebunden, da er sich ein Geschäftsreglement gibt, und dieses ist massgeblich.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte die Diskussion nicht in die Länge ziehen. Aber in § 115 Befugnisse steht: «Der Einwohnerrat hat die Befugnisse, die bei der ordentlichen Gemeindeorganisation der Gemeindeversammlung zustehen.»

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: § 68 Abs. 2 Geschäftsreglement Einwohnerrat: «Hat der Rat die Traktandenliste genehmigt, kann zu einem späteren Zeitpunkt nur noch davon abgewichen werden, wenn dies mit einem Stimmenmehr von zwei Dritteln beschlossen wird.»

Simon Maurer, Präsident: Ich denke, es wäre müssig, die Traktandenliste jetzt abzubrechen. Wir würden dann auch den Rest nicht mehr beraten. Darum möchte ich jetzt über den Antrag von Florian Spiegel abstimmen lassen, sofern er daran festhält, dass das Traktandum 8, Geschäft 4271 A/B auf die nächste Sitzung verschoben werden soll.

://:

Dem Antrag von Florian Spiegel, Traktandum 8, Geschäft Nr. 4271 A/B auf die nächste Sitzung zu verschieben, wird mit 26 Ja zu 10 Nein, bei 1 Enthaltung zugestimmt. Das 2/3-Mehr ist erreicht.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum neu 9 (bisher 8)

Bericht des Gemeinderates vom 18.10.2017, zum Postulat von Beatrice Stierli, CVP-Fraktion, vom 27.04.2017, betreffend Einführung einer App für die Gemeinde Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4336 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Postulantin, bzw. die CVP Fraktion, haben wohl den Nerv der Zeit getroffen. Der Gemeinderat ist nach Prüfung der Anliegen zum Ergebnis gekommen, dass eine Gemeinde-App für Allschwil sinnvoll ist, dass auch unter Hinweis auf die Kosten-Nutzen-Analyse, die wir selbstverständlich vorgenommen haben. Der Gemeinderat möchte diese Gemeinde-App gerne einführen, und zwar möglichst bald, und damit bitte ich Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Etienne Winter, SP-Fraktion: An der vergangenen November-Sitzung hat die SP-Fraktion den Rat gebeten, das folgende Geschäft, das wir heute beraten, im direkten Anschluss an das noch ausstehende und übergeordnete Kommunikationskonzept zu behandeln. An der vergangenen April-Sitzung ist die gemeinsame Behandlung nicht erfolgt. Der Unmut der SP-Fraktion ist damals schon bekundet worden. An der letzten Sitzung habe ich dem Gemeinderat noch einen kleinen Gratis-Tipp mit auf den Weg gegeben, und zwar hat die SP-Fraktion bekundet, dass sich das Kommunikationskonzept mit der bisherigen Beantwortung des vorliegenden Geschäfts 4336 in Widerspruch befindet. Wir sind wieder, wie in der letzten Sitzung, auf Seite 15 des Kommunikationskonzepts, Abschnitt 10.6, Sonderfall Social Media. Dort wird ganz klar festgestellt: «Stand heute verzichtet Allschwil auch auf derzeit sich auf dem Markt befindlichen Gemeinde-App-Lösungen.» Keine Fraktion, keine Einwohnerrätin oder Einwohnerrat ist auf diesen Punkt eingegangen, hat ihn infrage gestellt oder kritisiert. Alle haben das Konzept wohlwollend zur Kenntnis genommen, genauso, wie es da lag. Nichtsdestotrotz hat der Gemeinderat darauf verzichtet, eine Neubeantwortung der vorliegenden, elf Sätze starken Beantwortung des Postulats vorzunehmen. In keinster Weise steht heute in der Beantwortung des Postulats drin, wie sich diese App in das neue Kommunikationskonzept der Gemeinde integrieren soll. Im angenommenen Kommunikationskonzept ist die Gemeinde-App als Kommunikationsmittel nicht vorgesehen, es wird sogar klar darauf verzichtet. Solange der Gemeinderat keine Anpassung des Postulats an das Kommunikationskonzept, oder eine Anpassung des Kommunikationskonzepts an das Postulat vornimmt und es dem Einwohnerrat zur Kenntnis unterbreitet, und solange dieser gemeinderätliche Kommunikationswiderspruch vorherrscht, kann sich die SP-Fraktion auf eine inhaltliche Diskussion nicht einlassen. Aus diesem Grund beantragt die SP-Fraktion eine Rückweisung dieses Geschäfts an den Gemeinderat. Und jetzt muss ich nochmals nachdoppeln: Im Geschäftsreglements steht folgendes: Ein Postulat hat zwei mögliche Varianten, um eingereicht zu werden. In der ersten Variante geht es darum, einen noch nicht in Beratung stehenden Gegenstand zu prüfen und dem Rat zu berichten. In der zweiten Variante geht es darum, zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im gemeinderätlichen Kompetenzbereich einzuladen. Was ist der Unterschied? Bei Variante 1 will der Einwohnerrat zuerst die Haltung des Gemeinderats wissen und anschliessend darüber debattieren. Bei Variante zwei bildet der Einwohnerrat sich zuerst selbst seine Meinung, dann wird der Gemeinderat gebeten, den Mehrheitsentscheid in seiner Kompetenz umzusetzen. Das vorliegende Postulat entspricht ganz klar der Variante 1. D.h., der Gemeinderat berichtet über seine Haltung zu dem Thema, und der Einwohnerrat kann dann darüber befinden. Wenn der Gemeinderat aber inhaltlich widersprüchlich kommuniziert – und wir haben es hier drin wieder mit dem Thema Kommunikation zu tun – bleibt der SP-Fraktion leider nichts anderes übrig als diesen Rückweisungsantrag zu stellen. Damit der Gemeinderat zuerst seine Haltung beweisen kann. Was will er eigentlich? Sonst reden wir nicht darüber.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich finde es extrem schade, dass wir jetzt wieder eine gute Sache zurückstellen sollen, nur weil irgendwo irgend ein Paragraph irgendwie nicht ganz stimmt. Ich denke, das Kommunikationskonzept, das wir letztes Mal verabschiedeten, war zu diesem Zeitpunkt richtig, denn wir hatten da noch keine App. Wenn wir heute beschliessen, dass wir eine App einführen, die, wie Nicole Nüssli so schön sagte, am Puls der Zeit ist, dann ist es keine grosse Sache, das Kommunikationskonzept entsprechend anzupassen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich finde schon, dass wir hier im Rat die Paragraphen ernst nehmen müssen. Wenn jemand sich an Gesetze halten muss, dann sind wir hier drin das, wir sind ja auch ein Vorbild nach aussen hin. Wir sollten uns nicht Dinge herausnehmen, die nicht ganz korrekt sind.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion stimmt dem Antrag auf Einführung der App zu, genau aus den Gründen, die der Gemeinderat ausgeführt hat; ich muss diese nicht wiederholen. Ein kleiner Zusatz: Wenn die App eingeführt wird, dann möchten wir, dass laufend überprüft wird, ob und in welchem Umfang sie genutzt wird.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt den Fortschritt und setzt sich für den Fortschritt ein. Man kann sich nicht dagegen wehren. Darum sind wir für die Einführung der App. Was für uns nie ein Thema war, ist die Frage, wie dringend oder wie schnell das geschehen muss. Als ob diese App Ende Jahr kommt oder jetzt, oder ob das Postulat jetzt beantwortet wird, war uns eigentlich nicht so wichtig. Wir sehen den Zusammenhang zwischen und Kommunikationskonzept nicht so extrem, wie dies bei Etienne Winter zum Ausdruck kam. Wir sind froh, dass das Kommunikationskonzept existiert. Es hatte ein, zwei Fehler. Ich hoffe, diese hat man korrigiert. Wir haben das Konzept angenommen, es ist ein gutes Konzept bis auf leider so einen dummen Fehler.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: An die Adresse der SP-Fraktion: das Kommunikationskonzept ist in der letzten Sitzung gut im Rat angekommen. Einen Punkt, der moniert wurde, hat man korrigiert. Aber das Kommunikationskonzept als solches ist als ein gutes Papier aufgefasst worden. Zumindest hatte ich das so verstanden. Ich sagte dort schon, das Konzept ist nicht ein Papier, das man einmal beschliesst, und dann legt man es auf die Seite und alle sind glücklich. Sondern das Konzept muss jetzt auch zu Boden gebracht werden. D.h., es hat einen Inhalt, der jetzt auch vermittelt werden muss, damit die Leute, die damit arbeiten, sich danach ausrichten können. Das ist der eine Teil. Der andere Teil ist der, dass das Konzept natürlich veränderbar ist. Es steht nicht in Stein gemeisselt. Sondern wir schauen die Zukunft an, und dazu gehört auch der Einwohnerrat, wenn er uns sagt: Prüft doch einmal, ob wir nicht eine Gemeinde-App einführen sollten. Das schauen wir an, wir haben die Antwort gegeben. Wenn der Einwohnerrat heute sagt: Jawohl, das ist eine gute Sache, wir schreiben das Postulat ab, dann ist es klar, dass wir das Kommunikationskonzept nochmals hervorholen und entsprechend anpassen müssen. Wir haben aufgelistet, was aus unserer Sicht und aus heutiger Sicht der Inhalt der Gemeinde-App sein soll, und selbstverständlich würden wir uns danach richten. Von daher ist aus meiner Sicht der Ablauf absolut korrekt. Wenn der Einwohnerrat heute sagt: Jawohl, weiter so, Gemeinderat, dann machen wir das und bauen diese Gemeinde-App als weiteres Kommunikationsmittel in das Kommunikationskonzept ein – wie es vielleicht dereinst einmal noch weitere Kommunikationsmittel werden können. Wir stehen nicht still. Die Welt entwickelt sich, und damit auch Allschwil. Und ich hoffe, dass Sie diese Entwicklung zulassen und wir so weiterfahren können.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir können den Unmut oder das Anliegen der SP ein wenig nachvollziehen insofern, als wir dieses Kommunikationskonzept gerade vor einem Monat verabschiedet haben, und nun schon diese inhaltliche Diskrepanz auftritt. So etwas kann auf Unverständnis stossen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass man auch mit bestem Einsatz und bestem Willen die Dinge manchmal nicht im ersten Anlauf zu 100 Prozent hin bekommt, sondern vielleicht nur zu 80 Prozent, und dass man die letzten 20 Prozent im Laufe der weiteren Geschäfte anpassen muss. Wir sehen dies hier als einen solchen Fall an und werden dem Antrag der SP daher nicht zustimmen können. Was uns aber trotzdem noch interessieren würde, ist ein Detail bei den Kosten. Bei den im Bericht aufgeführten einmaligen und jährlich wiederkehrenden Kosten ist unseres Erachtens nicht berücksichtigt, dass die App dann ja auch bewirtschaftet und bedient werden muss innerhalb der Gemeindeverwaltung. Da würde uns interessieren, ob das von der Person erledigt werden soll, die auch die Website betreut, und was das an zusätzlichen Kosten generiert. Das müsste man ja eigentlich auch ausweisen im Bereich jährlich wiederkehrende Kosten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich meine, diese Frage wäre im Bericht schon beantwortet. Es heisst dort «dank Schnittstelle keine Doppelpflege». D.h., es wird keinen weiteren zusätzlichen Aufwand bei der Verwaltung geben. Wenn man einen neuen Eintrag auf der Homepage macht, dann geht dieser auch auf die Gemeinde-App, soweit er inhaltlich dorthin gehört.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wenn ich meine Unterschrift unter so ein Kommunikationskonzept setze, dann gehe ich davon aus, dass ich es gelesen habe. Ein Grund dafür, wieso man das nicht einführt, ist, dass man keine personellen Ressourcen hat. Das steht so drin. Und wenn ich beide Geschäfte unterschreibe und einen Widerspruch drin habe, wenn der Gemeinderat es nicht schafft, eine einheitliche Form und Berichterstattung vorzulegen, dann muss das Geschäft zurück. Die gleiche Person, die das auch unterschrieben hat, ist Patrick Dill, und von der Verwaltung hätte ich jetzt hier gerne auch eine Stellungnahme. Ist das jetzt Gemeinderatssicht, dass man die App will, also ein Politikum? Oder sagt die Verwaltung: Nein, mit den Mitteln, die wir momentan zur Verfügung haben, schaffen wir das nicht. In diesem Falle hätte nämlich Florian Spiegel recht, weil man zusätzliche Ressourcen aufwenden müsste.

Irgendwelche Prozentstellen müssten aufgestockt werden. Es ist keine grosse Sache, dass alles nochmals zu überarbeiten. Man kann die Kostenschätzung neu machen. Das Postulat ist kein dickes Papier. Aber es liegt den Widerspruch vor. Das ist Verfahrenssache. Diese Nonchalance finden wir einfach nicht in Ordnung.

Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung: Da ich persönlich angesprochen worden bin, nehme ich auch Stellung seitens der Verwaltung. Die Kostenabklärungen wurden gründlich gemacht von unserer IT-Abteilung samt der ganzen Einschätzung, was es bedeuten würde, so eine App zu unterhalten. Es kann natürlich sein, dass das eine oder andere noch getan werden muss. Wir haben hier unsere Kommunikationsressourcen entsprechend aufgestockt, wie Sie alle wissen, auf 100 Stellenprozent. Von daher gesehen dürfte sich der Mehraufwand für die App wirklich absolut in Grenzen halten. Vielleicht noch zum Kommunikationskonzept: Ich hätte es ein wenig vermessen gefunden, wenn wir schon ins Kommunikationskonzept hineingeschrieben hätten, dass wir eine App aufbauen und unterhalten, solange das noch gar nicht entschieden worden war. Daher war es meiner Meinung nach auch richtig, dass wir das noch nicht hineingeschrieben hatten.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Ich muss auch nochmals auf diesen Punkt zurück kommen. Es ist doch seltsam, dass wir das Papier, über das wir jetzt reden, schon im Oktober letzten Jahres bekommen haben. Ihr hattet ja die Abklärungen vorher gemacht. Dann habt ihr ein Konzept ausgearbeitet, in das ihr hineingeschrieben habt, ihr wollt es keine App, weil wir uns das nicht leisten können. Das steht explizit im Konzept drin. Das ist es, was wir nicht verstehen. Wenn es sich hier um einen absolut neuen Vorschlag handeln würde, der als Postulat hereingekommen wäre und dringlich behandelt werden würde, dann würde ja niemand etwas sagen. Aber wir verstehen nicht, dass diese zeitliche Verschiebung überhaupt keinen Einfluss hat auf die beiden Papiere.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich würde wirklich beliebt machen, dass der Gemeinderat nochmals in sich geht, das nochmals prüft, und dann entweder das Konzept anpasst oder die Antwort auf das Postulat anpasst. Ich möchte auch beliebt machen, dass man sich nochmals bei anderen Gemeinden, die eine solche App bereits haben, erkundigt, wie viel Aufwand das wirklich ist. Wenn ich höre, der Aufwand werde sich «in Grenzen halten», dann stellt sich hier drin wahrscheinlich jeder etwas anderes darunter vor. Ich möchte beliebt machen, dass man noch einmal drüber geht, dass der Gemeinderat das Geschäft zurücknimmt und es nochmals überarbeitet.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich kann nicht ganz verstehen, wieso man jetzt so einen Aufstand macht wegen dem Kommunikationskonzept. Wenn man dort nämlich genau nachliest, dann steht tatsächlich drin, dass man, Stand heute, auf so eine Gemeinde-App verzichten will. Aber wo steht das? Es steht im Abschnitt 10.6, Sonderfall Social Media. Man ging also davon aus, so eine App hätte etwas mit Social Media zu tun. Aber die App, um die es jetzt geht, und die der Gemeinderat richtiger- und verdankenswerterweise einführen will, hat mit Social Media überhaupt nichts zu tun. Da geht es nicht um Facebook und Twitter und was weiss ich, sondern es geht nur darum, dass ein zusätzlicher Kanal die Informationen, die sowieso schon ins Web gestellt werden, per Schnittstelle auch noch zur Verfügung stellt. Das ist einfach im Kommunikationskonzept – ein «obiter dictum», wie die Juristen sagen, also etwas nebenbei Gesagtes, aber ohne Bedeutung für das Urteil – so gesagt worden, und auch noch am falschen Ort. Deswegen muss man doch wirklich keinen Aufstand machen. Es braucht keine zusätzlichen Ressourcen, das hat der Gemeinderat klar gesagt, und es hat mit Social Media nichts zu tun, die man gemäss Kommunikationskonzept nicht betreiben will. Diese Diskussion ist fehl am Platz.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Die Diskussion um diese App, die wir jetzt führen, samt der Idee, dass wir das Geschäft jetzt noch zurückweisen an die Verwaltung – das ist Mehraufwand, den wir hier im Einwohnerrat produzieren, und wo man sich fragen kann, wofür er eigentlich gut sein soll. Die App kommt, wir wollten sie, sie kann schneller kommen, als man gedacht hat – voilà.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Schön, dass wir den Entscheid schon haben. Ich habe das verpasst. Genauso, wie Herr Häuptli anscheinend verpasst hat, dass in dem Antrag, der vor uns liegt, steht: «Social Media Integration für Facebook, Twitter, ...», Was aber nun doch nicht der Fall sein soll. Es ist einfach vorne und hinten nicht stimmig. Wir sollten uns einfach im Klaren darüber sein, was wir tun wollen und was die wirkliche Auswirkung ist. Und es ist schön zu sagen, es ist ja schon alles beschlossen. Nein, das ist es nicht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Mich nehmen zwei Sachen wunder. Im Raum steht noch die von der SP aufgeworfene Frage, wie diese Zeitachsenverschiebung zustande kam. Obwohl ich für Überweisen bin, würde ich das trotzdem gern wissen. Zweitens, und das ist an die SP adressiert: Wo sehen Sie denn aus Ihrer Sicht, was geändert werden müsste? Wollen Sie, dass das Postulat geändert wird? Oder wollen Sie,

dass das Kommunikationskonzept angepasst wird? Wenn Sie nämlich das Kommunikationskonzept anpassen wollen sollten, müsste man das Postulat nicht zurückweisen. Wenn man aber das Postulat zurückweist, müsste dort eine Anpassung gemacht werden. Welche genau sollte das sein?

Etienne Winter, SP-Fraktion: Schauen wir uns an, was mit dem Postulat verlangt wurde: «Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob die Einführung einer App für die Gemeinde Allschwil sinnvoll ist.» Da geht es nicht um unsere Meinung, der geht es darum, was der Gemeinderat will. Wir beantragen Prüfung und Bericht, der Gemeinderat sagt, was er will, und was er, Stand heute, nicht will. Und dann können wir darüber diskutieren. Es geht nicht um Variante 2, dass wir etwas geändert haben wollen. Der Gemeinderat soll sagen, was er will. Und wir können darüber befinden.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Darf ich nochmals das Wort ergreifen. Ich habe den Eindruck, wir drehen uns endgültig im Kreis. Das Postulat ist doch klar formuliert: «Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, ob die Einführung einer App für die Gemeinde Allschwil sinnvoll ist.» Das haben wir geprüft, wir haben berichtet, wir haben mitgeteilt, und wir haben am Schluss geschrieben: «Wir fänden es sinnvoll, eine Gemeinde-App einzuführen.» Punkt. Wir haben unseren Auftrag erfüllt. Und der Einwohnerrat muss nun beschliessen: Beschliesst er, dass Postulat als erledigt abzuschreiben, dann führt die Gemeinde eine App ein. Beschliesst er, dass Postulat nicht abzuschreiben, dann wird die App nicht eingeführt. Ende. Das ist das, was heute geschehen kann seitens des Einwohnerrates. Im Übrigen: Das ständige Hin und Her – komme ich zuerst mit der Gemeinde-App, dann heisst es, nein wir brauchen vorher das Kommunikationskonzept; dann kommen wir mit dem Kommunikationskonzept und es heisst, nein das ist doch nicht richtig. Die Reihenfolge ist einmal so und einmal anders – also dieses Hin und Her ist für den Gemeinderat ziemlich schwierig, aber letzten Endes ist es ja der Einwohnerrat, der entscheidet. Ich bitte darum, dass Sie doch jetzt abstimmen, und dann wissen wir, wie es weitergeht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur kurz: Das Postulat ist doch älter als das Konzept. Das ist ganz einfach. Und darum hätte man das Konzept so gar nicht schreiben dürfen. Das ist doch das Problem. Ich kann doch nicht in einem Konzept etwas ausschliessen, das ich in Wirklichkeit will. Und vielleicht kann Beatrice Stierli jetzt sagen, OK, wir haben lange genug darüber geredet. Ich ziehe das Postulat zurück, und wir warten, bis der Gemeinderat das Konzept angepasst hat.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: In diesem Rat wird des Öfteren über kleine Beträge gestritten, und hier interessiert niemanden, was es genau bedeutet, wenn gesagt wird, dass sich der Aufwand «in Grenzen hält». Ich möchte von Gemeinderat zuerst wissen: Was ist der Aufwand? Und dann möchte ich auch wissen im Rahmen eines Konzepts, was er mit dieser App vorhat und was genau geschehen soll. Im Moment steht dem Konzept, dass man keine App will. Wir hatten x Kommunikationspannen in dieser Gemeinde, und ich möchte nicht noch eine weitere Kommunikationspanne, und ich finde, auch das ist eine Kommunikationspanne, dass dieser Vorstoss dem Kommunikationskonzept widerspricht. Das ist symptomatisch für diese Gemeinde, dass man das nicht auf die Reihe bringt. Darum bitte ich darum, dass der Gemeinderat das noch einmal überprüft und auch die Fragen zu den Kosten und zu dem «Aufwand in Grenzen» beantwortet. Und dass man bei anderen Gemeinden nachfragt, wie dort der Aufwand ist. Wenn die 30 Stellenprozente, um die jetzt der Kommunikationsbereich aufgestockt wurde, für diese App verbraucht werden, haben wir nichts gewonnen.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir sollten uns doch wirklich einmal auf die Aufgaben besinnen, die wirklich relevant und wichtig sind. Mark Aellen, es mag sein, dass ich diesen Text nicht genau gelesen habe, ich gebe das zu. Denn beides, sowohl das Kommunikationskonzept wie auch die Sache mit der App, fallen grundsätzlich in die Kompetenz des Gemeinderats. Und nun haben wir hier etwas, das im Prinzip eigentlich alle gut finden, wir haben auch das Kommunikationskonzept gut gefunden, und was tun wir? Es wird dem Gemeinderat noch am Zeug herumgeflickt wegen solcher Details. Das ist doch einfach ein Mikromanagement, das hier wirklich fehl am Platz ist. Hört doch bitte auf mit dem.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die Frage der Kosten – wie viel die Einführung der App kosten soll und was die wiederkehrenden Kosten sind – ist in der Postulatsbeantwortung auf Seite 4 aufgeführt. Ich bin der Meinung, dass sich heute Abend eine einfache Frage stellt, die man sofort hier im Einwohnerrat beantworten kann: Will der Einwohnerrat eine solche App oder will er sie nicht? Ich glaube, eine grössere Diskussion hierüber braucht es nicht mehr.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wenn ich das kann, würde ich gerne den Antrag auf Abschluss der Diskussion und Abstimmung stellen.

Simon Maurer, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Ueli Keller auf Abbruch der Diskussion ab.

://

Dem Antrag von Ueli Keller auf Abbruch der Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Simon Maurer, Präsident: Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht ist. – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, dass die Beratungen über das Geschäft 4336 A abgeschlossen sind. Wir kommen zum Antrag des Gemeinderats auf S. 4.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. das Postulat No. 4336 wird als erledigt abgeschrieben.

://

Dem Antrag, das Postulat No. 4336 als erledigt abzuschreiben, wird mit 26 Ja zu 9 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

://

Das Geschäft wird mit 29 Ja zu 9 Nein bei 0 Enthaltungen als Ganzes abgeschlossen.

Simon Maurer, Präsident: Es ist 21:10 Uhr. Somit schliesse ich die Sitzung für heute. Ich wünsche allen schöne Pfingsten. Wir sehen uns an der Juni-Sitzung wieder.

ENDE DER SITZUNG 21.10 Uhr